

bkv
brasilienkunde
verlag
Mettingen
1987

Machen wir uns auf den Weg

Schritte zur internationalen Solidarität von brasilianischen und deutschen Gewerkschaftern
Ein Reisebericht

Hrsg.
Arbeitskreis
Kirche und
Gewerkschaften

200 Seiten
29 Fotos

DM 16,80

Brasilianische Gewerkschafter in der Bundesrepublik, deutsche Gewerkschafter in Brasilien. Dieses Buch dokumentiert den Versuch von Arbeitern und Arbeiterinnen aus drei multinationalen Unternehmen zusammenzukommen, um somit der internationalen Verflechtung des Kapitals internationale Solidarität der Arbeiter entgegenzusetzen. Das Buch gibt Einblick in Lebens- und Arbeitsbedingungen, in soziale und politische Kämpfe, zeigt ungleiche Behandlung in verschiedenen Werken derselben Unternehmen auf, gibt denen, die es lesen, die Chance, mit den Gewerkschaftern in einen Lernprozeß einzutreten, der internationale Solidarität erst möglich macht.

Im Buchhandel oder bei:
LN-Vertrieb

Gneisenastr. 2

1000 Berlin 61

LATEINAMERIKA nachrichten

15. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN
Berlin (West) Dezember 1987 DM 4,50

165

Frieden in Mittelamerika?



Aus dem Inhalt:

BRASILIEN: Der blaue Glanz des Todes / Gewerkschaften / **EL SALVADOR:** Der große Dialog / **URUGUAY:** Plebiszit / **ARGENTINIEN:** Gewerkschaften / **WELTWIRTSCHAFT:** Nichts geht mehr

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	3
— BRASILIEN: Der blaue Glanz des Todes	5
Wendepunkt in der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung	8
— EL SALVADOR: Der große Dialog	12
— MITTELAMERIKA: Esquipulas II: Die perfide Propaganda gegen Nicaragua	22
— KOLUMBIEN: Eskalation des Terrors — Erfahrungen einer Reise	25
— URUGUAY: 600'000 fordern ein Plebiszit über 12 Jahre Staatsterrorismus	29
— WELTWIRTSCHAFT: Nichts geht mehr	36
— CHILE: Über die Wirtschaftslage	50
Protesttag am 7. Oktober 1987	53
Betr.: Pressefreiheit	56
— ARGENTINIEN: Die Gewerkschaften nach den Wahlen	57
Leserbrief	64
— REZENSIONEN: Ein zentralamerikanischer Anachronismus?	66
Chilenische Gewerkschaften unter der Diktatur	68
— EINGEGANGENE BÜCHER	70
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	71
— TERMINE	73

Impressum
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 165
Dezember 1987
Jahrgang 15 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174 - 6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Christian Klemke
Druck: Movimento, Berlin-West
Redaktionsschluß: 12. November 1987

Abo-Preise:
Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährweises berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig. Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83 - 103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
im Mehringhof
Gneisenastraße 2
1000 Berlin 61
Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1.3.1985

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

EDITORIAL

Es ist schon merkwürdig, unter welchen Umständen ein Geschehen zum (Medien-) Ereignis wird. Da hat sich fernab in Brasilien, in einer Stadt, die keiner kennt, ein Strahlenunfall ereignet, vier Menschen sind inzwischen tot. Dutzende leiden unter schwersten Strahlenschäden. Teile der Millionenstadt Goiania, der Hauptstadt des Bundesstaates Goias, sind verseucht, über das genaue Ausmaß der Katastrophe ist man noch im Unklaren. Es soll, so heißt es in brasilianischen Presseberichten, der zweitgrößte Strahlenunfall nach Tschernobyl sein. Aber die Meldungen über diesen Unfall und seine Folgen finden sich inzwischen eher unter der Rubrik "Buntes aus aller Welt", neben Liebesaffären in europäischen Königshäusern und vergessenen Lottoscheinen. Gewiß, das Geschehen zeigt absurde Züge. Da hat ein Schrotthändler einen alten, unbewachten Röntgenapparat geklaut, ihn zerkleinert und dabei das radioaktive Caesium freigelegt. Der strahlende Stein war eine Attraktion für die Nachbarschaft. Das klingt wirklich absurd und grotesk. Aber ist das ein Grund, genüßlich de Gaulles Verdikt zu zitieren, Brasilien, das sei kein ernsthaftes Land und die Berichte so zu schreiben, als sei das alles typisch für ein unterentwickeltes Land, für die doch etwas dummen Menschen in einer Bananenrepublik. Nur, was ist denn passiert? Schlampigkeit im Umgang mit gefährlichen Stoffen - das ist doch normal, Diebstahl von Alteisen - auch nichts ungewöhnliches. Dann wußte der arme Schrotthändler nicht, wie Caesium aussieht - wie, bitte, sieht's denn aus? Die Bevölkerung kenne nicht mal das Zeichen für Radioaktivität - und wie würde eine Umfrage bei uns ausfallen?

Muß man wirklich an die Kette von Pannen, Unfällen und "Zwischenfällen" erinnern, die in letzter Zeit im "hochentwickelten" Mitteleuropa passiert sind? Das Fischsterben in der Saar, bis heute war es nicht möglich, den Verantwortlichen zu ermitteln. Sandoz und der Rhein - wo sind die verurteilten Manager? In Hanau verschwindet Plutonium. Oder denken wir nur an das souveräne Auftreten unserer Regierung nach Tschernobyl, inclusive der guten Tips ("Salat gründlich waschen"). Unsere Bevölkerung wurde immerhin für dumm genug gehalten, Grenzwerte für Kinderspielplätze zu akzeptieren, die noch kurz zuvor zur Schließung von Labors geführt hätten. In der Bundesrepublik werden die Flüsse verseucht und der Wald vernichtet, aber es gibt praktisch keine Umweltkriminalität, wenn mal einer erwischt wird, dann ist es ein armer Tropf, der sein Altöl in den Gully kippt.

Nein, für Hochmut ist hier wirklich kein Platz. Und vielleicht müssen wir uns auch daran gewöhnen, daß Katastrophen anders aussehen, als wir sie uns vorstellen. Nicht so erhaben, wie etwa in Filmen à la Chinasyndrom, mit skrupellosen Technikern und aufrech-

ten Kämpfern für das Wohl der Menschheit, sondern so banal und dumm, wie der Unfall in Goiania. Nur daß mit neuen Techniken die ganz normale, alltägliche Schlamperei katastrophale Folgen haben kann. Was für Folgen! Die Körper der ersten Toten waren so verseucht, daß sie wiederum eine Gefahr darstellten. Die Beerdigung wurde zu einer Entsorgungsfrage, Anwohner des Friedhofs protestierten, und die Polizei machte mit Knüppeln den Weg für die Bleisärge frei.

Berechtigt ist gewiß die Kritik an der Schlamperei und der Hilflosigkeit der brasilianischen Behörden. Insbesondere zeigte sich, daß es in einem Land mit einem ehrgeizigen Atomprogramm für derartige Unfälle keine Vorkehrungen gibt. Es existieren nur zwölf Krankenhausbetten zur Behandlung von Strahlenopfern. Aber Brasilien ist keine Bananenrepublik, sondern ein Trummelplatz internationaler Firmen, deutsche Konzerne beschäftigen Hunderttausende. Die Industrialisierung Brasiliens war kein nationales Unternehmen, und so sind auch die Folgen nicht allein ein brasilianisches Problem. Aber mit solchen Krankenhausbetten läßt sich kein Geld verdienen. Die Landesregierung von Goias hat kurz nach dem Unfall verkündet: "Die Regierung hat die Lage unter absoluter Kontrolle. Eine Gefährdung für die Bevölkerung ist ausgeschlossen" Solche Erklärungen kennen wir auch. In Brasilien glaubt's kein Mensch. Von solchem Mitrauen, immerhin, wäre zu lernen.

BRASILIEN

Der blaue Glanz des Todes

Der folgende Artikel erschien am 1.11.87 in der spanischen Tageszeitung "El País" und wurde von uns leicht überarbeitet.

Der achtzehnjährige Admilson Alves arbeitete in einer Schrotthandlung in Goiania. Ende Oktober starb er in einem Isolierzimmer eines Krankenhauses in Rio de Janeiro, mehr als 1.500 Kilometer von seinem Heimatort entfernt. Er war das vierte Opfer der Cäsiumkatastrophe Ende September in Goiania. Aber die Bilanz der Tragödie ist noch nicht abgeschlossen, es kann in den nächsten Wochen noch mehr Tote geben.

Die ersten beiden Opfer waren die 37-jährige Maria Gabriela Ferreira und ihre sechsjährige Nichte Leide das Neves Ferreira. Sie starben am 23. Oktober. Vier Tage später starb Israel dos Santos, 22 Jahre alt. Die Todesfälle überraschten nicht. Seit ihrer Ankunft in Rio hielten die Ärzte eine Wiedergenesung für fast unmöglich. Der Direktor des Marinehospitals, Vizeadmiral Amihay Burla, sprach offen aus, sieben der Verstrahlten seien nicht mehr zu retten.

Die durch die Nachricht von der Verseuchung Goianas ausgelöste Panik verschärfte sich noch mit der Erklärung des Krankenhausdirektors. Und all dies eskalierte mit den ersten beiden Begräbnissen. In einem Ausbruch von Gewalt wurden die über 600 Kilogramm schweren bleiausgeschlagenen Särge auf dem Friedhof Goianas mit Steinwürfen empfangen. Die erregte und schockierte Bevölkerung protestierte auf diese Weise gegen die Beerdigungen mitten in der Stadt.

Aber mit den Todesfällen hat sich das Problem der Verstrahlung nicht erledigt. Jeder Körper ist eine Strahlenquelle. Einem der Opfer, Roberto Alves, mußte ein Arm amputiert werden. Noch Wochen später wußten die Ärzte nicht, wohin mit diesem Arm, der auch eine Quelle radioaktiver Strahlung darstellt. Wie die Leichen der vier Opfer enthält der Arm Cäsium 137, das mindestens 30 Jahre weiterstrahlen wird.

Die Konsequenzen des Unfalls sind nicht wirklich genau untersucht worden. Die Bekanntgabe erfolgte wenige Tage nach der Ankündigung Präsident Sarneys, brasilianische Wissenschaftler beherrschten inzwischen die Technik der Anreicherung von Uran, was das Land theoretisch zum Bau von Atombomben befähigen würde.

Ein Diebstahl ohne Bedeutung

Die Tragödie begann mit einem ganz normalen Diebstahl. Zwei Männer raubten aus dem verlassenen Gebäude, in dem einmal das strahlentherapeutische Institut von Goiania gearbeitet hatte, einen schweren Apparat, den sie später mit Hämmern zertrümmerten. Es war ein lohnender Raub: fast 600 Kilo Metall, vor allem Blei. Eine kleine, tief in eine Bleiumhüllung eingelassene zylindrische Kapsel fiel dem Schrotthändler auf. In der ebenfalls zertrümmerten Kapsel wurden 100 Gramm eines blauen, glänzenden Staubes sichtbar. Mindestens fünf Nachbarsfamilien erhielten ein wenig des glänzenden Staubes. Ein Mädchen - Leide - aß mit den mit dem "Staub" in Berührung gekommenen Händen. Einige Erwachsene rieben sich das Gesicht und die Arme mit Cäsium 137 ein, um in der Dunkelheit zu leuchten. Als mehrere von ihnen anfangen, unter Übelkeit, Fieber und Verletzungen an Händen und Armen zu leiden, wandte sich die Frau des Schrotthändlers, Maria Gabriela das Grabas, an den einzigen verfügbaren Fachmann: einen Tierarzt in der nächsten Straße.

Dieser untersuchte den blauen Staub und riet, so schnell wie möglich zum städtischen Krankenhaus zu gehen. Maria das Grabas nahm einen Bus, in der Tasche eine Probe des blauen Staubes. Sie wußte nicht, daß sie über ihre eigene hochgradige Verseuchung hinaus auf ihre Umgebung und alle ihr begegnenden Menschen abstrahlte. Im Krankenhaus mußte sie Schlange stehen.

Insgesamt 500 Personen wurden unter Beobachtung gestellt, 244 von ihnen waren in unterschiedlicher Intensität verseucht.

Als die Alarmglocken schrillten, reisten 42 Techniker der Nationalen Kernenergiekommission mit 32 Geigerzählern nach Goiania. Viele von ihnen arbeiteten ohne Handschuhe oder geeignete Schuhe, auch die Geigerzähler besaßen nicht die nötigen Schutzvorrichtungen. Mindestens einer der Experten wurde radioaktiv verseucht, die Apparate wurden nach den ersten Stunden unzuverlässig, woraufhin die Meßergebnisse immer weniger vertrauenswürdig wurden.

In Rio empfing Vizeadmiral Burla inzwischen die am schwersten betroffenen Opfer und verkündete den Journalisten: "Dies (bezogen auf das Marinehospital) ist die Kriegsmarine. Wir sind auf jeden Notfall vorbereitet." Sie war es nicht. Die Patienten wurden in normalen Krankenwagen vom Flughafen zum Hospital gebracht, die zwei Tage lang weiterbenutzt wurden, bis irgendjemand darauf kam, sie zu dekontaminieren. Das Hospital hatte weder genügend Wegwerfkleidung noch Isolierzimmer. Mindestens zwei Krankenschwestern und ein Arzt wurden gering verseucht.

Panik in der Stadt

Unterdessen geriet die Bevölkerung Goianas in Panik. Innerhalb von zehn Tagen wandten sich 30.000 Personen an die Strahlungsmeß-

stellen. Die Zahl derer, die trotz der Sicherheitsgarantien der Nationalen Kernenergiekommission die Stadt verließen, ist unbekannt.

Am Todestag des Mädchens Leide und ihrer Tante Maria Gabriela gerieten die Patienten im Krankenhaus von Goiania wieder in Panik, während in der Bevölkerung eine andere makabre Detailfrage für Gesprächsstoff sorgte: der Ort, an dem die Leichen beerdigt werden sollten. Im städtischen Krankenhaus baten die Ärzte dringend um Psychologen zur Behandlung der Patienten.

Der Handel der Stadt ist um 60% zurückgegangen. Aus Angst möchte niemand Nahrungsmittel oder Kleidung kaufen. Kleinbauern machen das Geschäft ihres Lebens, indem sie direkt an die verschreckten Hausfrauen verkaufen.

Während mehrere Opfer in Rio dahinsiechen, hat die Suche nach Schuldigen begonnen. Die Bundespolizei gab bekannt, gegen die Direktoren des verlassenen strahlentherapeutischen Zentrums, aus dem das Cäsium gestohlen worden war, sei ein Prozeß anhängig. Diese verteidigen sich mit dem Argument, die Verantwortung für den Apparat liege beim Ministerium für Sozialfürsorge.

Was die für die Kontrolle radioaktiver Geräte in Brasilien verantwortliche Nationale Kernenergiekommission betrifft, kam sie über offizielle Erklärungen nicht hinaus. Jedes Jahr bittet die Kommission schriftlich um Informationen über die mehr als 4.000 strahlentherapeutischen Geräte im Land. Weniger als 40% der Angeschriebenen antworten. Aber die Kommission tut nichts, um etwas über die anderen Geräte herauszufinden. Das Cäsium 137, das die Tragödie von Goiania verursacht hat, lag schon drei Jahre unbeaufsichtigt herum.

Wendepunkt in der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung

Streikrecht und Organisationsform in der Debatte

Ablehnung der Bevormundung durch den Staat und des Einflusses der Parteien, freie Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden und Koalitionsfreiheit sind die aktuellen Themen, die innerhalb der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung zur Zeit diskutiert werden. Die Rolle der Gewerkschaften im Rahmen des brasilianischen Wirtschaftsmodells wird sehr kontrovers betrachtet. Die Gewerkschaften suchen ihre Identität in einer zunehmend kapitalistischen Gesellschaft. Die Auseinandersetzung bezieht sich auf das Verhältnis zu den politischen Parteien, der Anerkennung des Kapitalismus als Wirtschaftsmodell und der Rolle der Gewerkschaften als Organisationen, die bloß für die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Erhöhung der Kaufkraft der Arbeiterschaft kämpfen.

Eine der größten Gewerkschaftszentralen, die CGT, sieht in den Gewerkschaften lediglich ein Instrument zur Durchsetzung von Arbeitsrechten. Brasilien habe keinen Platz mehr für eine revolutionäre Gewerkschaft, meint die CGT. In einem Interview hat CGT-Vorsitzender Joaquinzo erklärt, daß die Gewerkschaftsbewegung seiner Meinung nach zwar nicht "apolitisch" sei, ihre Funktion sei jedoch, die unmittelbaren Lohnforderungen, Forderungen nach sozialen Rechten, Urlaub und gerechterer Einkommensverteilung zu stellen. Er plädiert für einen "sindicalismo de resultados", für pragmatische Zielsetzungen mit konkreten Ergebnissen. Damit ist die CUT, die andere große Gewerkschaftszentrale, nicht einverstanden. In einem Interview meint der CUT-Vorsitzende Meneghelli, daß sich Arbeitsrechte nicht allein mit Lohnforderungen durchsetzen lassen. Es reiche nicht aus, 2% oder 5% mehr Lohn zu fordern, ohne auf die anderen gesellschaftlichen Probleme, die alle und natürlich auch die Arbeitnehmer angehen würden, zu achten. Forderungen nach Agrarreform, nach Direktwahlen u.a. seien für die Gewerkschaften ebenso wichtig, wie die Forderungen nach einer Veränderung der Wirtschafts- und Lohnpolitik. Der Ruf nach "gewerkschaftlicher Modernität" vonseiten der CGT widerspricht der Überzeugung der CUT, die einen "gewerkschaftlichen Kollaborationismus" ablehnt. Man wolle aus Brasilien eine freie Produktionszone nach dem Beispiel Koreas machen und dafür brauche man eine Gewerkschaft als Kollaborateur, meinen die CUT-Vertreter. Dies sei "entreguismo" (Auslieferung). Die CUT wirft der CGT vor, eine gewerkschaftliche Linie zu verfolgen, die eine Entpolitisierung der Bewegung und eine Demobilisierung im Kampf für strukturelle Veränderungen in der Gesellschaft zur Folge habe.

Neue Arbeitsgesetzgebung

Von der Notwendigkeit einer neuen Arbeitsgesetzgebung sind beide Dachverbände jedoch überzeugt. Streikrecht, Koalitionsfreiheit und Verbot staatlicher Einmischung in die Interna der Gewerkschaften wollen sie in der neuen Verfassung verankert sehen. Entstanden 1983 unter großem politischen Druck – das geltende Gesetz läßt Zusammenschlüsse der Berufsgewerkschaften in Dachverbänden nicht zu – sind heute nach eigenen Angaben der CUT ca. 1.300 gewerkschaftliche gewerkschaftliche Organisationen mit rund 15 Millionen Mitgliedern und der CGT über 1.366 Organisationen mit 32 bis 35 Millionen Mitgliedern angeschlossen. Als Erstes fordern die beiden Zentralen die Abschaffung der Gewerkschaftssteuer, die automatisch vom Lohn abgezogen wird, unabhängig davon, ob man Gewerkschaftsmitglied ist oder nicht. Von der Gewerkschaftssteuer, die auf der Basis eines Arbeitstages im Jahr berechnet wird, behält das Arbeitsministerium bis zu 20%. Obwohl die Abschaffung der Steuer viele Gewerkschaften in große finanzielle Not bringen kann, sehen die beiden Dachverbände darin das Ende der Abhängigkeit und Unterordnung der Arbeitnehmerorganisationen unter staatliche Aufsicht. Die beiden Gewerkschaftsvertreter Meneghelli und Joaquinzo sind davon überzeugt, daß eine allmähliche Abschaffung der Gewerkschaftssteuer nötig ist. Dies würde für diejenigen Gewerkschaftsfunktionäre, die bloß eine Stelle im Gewerkschaftsapparat wollen, abschreckend wirken. Mit dem Ende der Gewerkschaftssteuer würde sich die Gewerkschaftsführung allein an ihrer Überzeugungskraft messen lassen müssen.

In der Veränderung des Streikrechts sehen sie ebenfalls eine Möglichkeit zur Beendigung des immer noch herrschenden Autoritarismus. Das geltende Streikgesetz verbietet Streiks in Sektoren der "nationalen Sicherheit", wie öffentliche Verwaltung und Einrichtungen öffentlicher Versorgung. Auch soll im Fall eines Streiks die Schlichtung durch einen Richter nach Ausschöpfung aller Verhandlungsmittel abgeschafft werden. Die Gesetzesvorlage der Regierung, die sich zur Zeit zur Abstimmung im Kongress befindet, bedeutet in diesem Punkt einen Rückschritt. Sie schafft das den Arbeitnehmern zugestandene gerichtliche Widerspruchsrecht im Fall von Entlassungen während eines nicht genehmigten Streiks ab.

Kontrovers ist die Frage, ob die Regierung der ILO-Konvention von 1987 zustimmen soll oder nicht. Nach knapp vierzig Jahren will sich die Regierung nun den ILO-Konventionen anschließen. In den Augen der CGT geschieht dies nur, um die Gewerkschaftsbewegung zu spalten. "Die Unterzeichnung der Konvention 87 bringt nicht unbedingt die Organisationsfreiheit für die Gewerkschaftsbewegung. In Chile beispielsweise wurde die ILO-Konvention unterzeichnet, aber das Land lebt in einer politischen Diktatur" meint CGT-Vorsitzender Joaquinzo. "Wir wollen mit der Zustimmung zur ILO-Konvention 87 das Prinzip der Organisationsfreiheit garantieren", stellt CUT-Vorsitzender Meneghelli dem im Interview ent-

gegen. Für die CUT bestätigt die ILO-Konvention die gewollte und lang erkämpfte Organisationsfreiheit.

Die Frage der Organisationsform teilt in der Tat die Gewerkschaften. Während die CUT die Gewerkschaften nach Branchen organisieren will, tendiert die CGT zur Beibehaltung der jetzigen Berufsgewerkschaften. Ungeachtet aller Nachteile, die beide Organisationsformen haben, sind beide Verbände jedoch darin einig, daß bei der jetzigen politischen Konstellation ein minimaler Konsens nötig ist, will man etwas erreichen.

Bei ihren Forderungen divergieren noch die zwei Gewerkschaftsdachverbände in den Fragen der Auslandsverschuldung und der Direktwahlen des Präsidenten. Während die CUT eine sofortige Einstellung der Schuldentilgungen fordert, will die CGT, daß Brasilien weiterhin lediglich ein Moratorium erklärt. "Ab dem Zeitpunkt, zu dem das Moratorium erklärt wird, werden die zwei Dachverbände fünf oder sechs Jahre Zeit haben, um vielleicht zu einem gemeinsamen Vorschlag zu diesem Problem zu kommen", meint Joaquinzao versöhnend.

Wirtschaftspolitik

Die Begeisterung für die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der brasilianischen Regierung hat anscheinend ihre Grenzen erreicht. Nach den rigiden Wirtschaftsmaßnahmen mit zahlreichen Bezeichnungen - Cruzado II, Plano Bresser, Plano de Controle Macro-econômico - erlebt Brasilien eine Wirtschaftskrise größten Ausmaßes, die nach Meinung von Beobachtern schlimmer ist als unter den Militärregierungen. Jedenfalls ist sie mit der Krise von 1981 zu vergleichen, als das Land eine nie zuvor erlebte Welle an Bankrotten und Entlassungen zu verzeichnen hatte. Obwohl Regierung und Unternehmer eine leichte Erholung beim Handel mit einer Zunahme des Verkaufsvolumens und der Lebensmittelverkäufe sehen und optimistische dies als Konsequenz des Plans von Minister Bresser Pereira einstufen, sieht das Bild auf der Seite der Arbeitnehmerschaft düsterer aus: Lohndrosselung mit einem realen Kaufkraftverlust von über 35% seit Januar und Massenentlassungen sind die Bilanz des gewerkschaftlichen Forschungsinstituts DIEESE. Als Barometer der Beschäftigung im Industriesektor zeigt sich in der Tat die Lage im Großraum Sao Paulo, dem größten Industriegebiet Brasiliens mit über einer Million Metallarbeitern. Im Industriesektor wurden nach Auskunft des Arbeitgeberverbandes Fiesp selbst allein im Juli über 40.000 Arbeitnehmer entlassen. Seit Juni hat allein die Automobilindustrie über 5.000 Arbeitern gekündigt. Weitere 30.000 wurden kollektiv beurlaubt. Obwohl es keine sicheren Statistiken über die Arbeitslosenzahl gibt, zeigt ein Blick in die Stellenanzeigen der Zeitungen die düstere Konjunktur. In neuerer Untersuchung weist jedoch das Statistikamt IBGE auf eine leichte Erholung des Arbeitsmarktes seit September hin.

Obwohl Brasilien an der achten Stelle in der Weltwirtschaft steht und hohe Wachstumsraten aufweist, hat es eines der niedrigsten Lohnniveaus in der ganzen Welt, wie Joaquinzao erklärt. "Der Mindestlohn hier in Brasilien betrug weniger als 40 US-Dollar. Vor kurzem wurde er auf knapp 54 US-Dollar angehoben. Er bleibt aber einer der niedrigsten Löhne in der ganzen Welt. Im internationalen Vergleich steht Brasilien nur auf dem 116. Rang." Nach Angaben des Statistikamtes IBGE verdienen 33% der BrasilianerInnen noch weniger als einen "Mindestlohn" (sog. "Piso Salarial"). Denn der von der Regierung festgelegte "Mindestlohn ist nicht verbindlich, sondern gilt als Orientierungsrahmen.

Es erweist sich somit von neuem, daß das Wachstum Brasiliens direkt mit der Armut seiner BürgerInnen zusammenhängt. Eine Wirklichkeit die von Regierungsvertretern offen zugegeben wird. Alles, was produziert wird, soll exportiert werden und zur Zahlung der Auslandsschulden dienen. Dies bedingt eine Lohndrosselung, damit die interne Nachfrage zurückgeht, wie die monetaristische Formulierung des Ministers Bresser Pereira lautet.

***** Wegen anhaltender
US Bedrohung *******

***** verstärkt sich die
Notwendigkeit mehr Gesundheits
brigadisten/innen nach
Nicaragua zu schicken.
Diese Form der Unterstützung
wird ausschließlich
aus Spenden finanziert *****

**GESUNDHEITS
BRIGADE**



**Spendenkonto
'Nicaragua'**

**Ktnr.: 385 13-105
PschA. Bln. W.**
Blz.: 100 100 10

Gesundheitsladen Berlin e.V.
Gneisenaustraße 2 1 Berlin 61
Tel. 030/693 20 90

COBRISA - Gesundheitsbrigaden für Nicaragua

Als Reaktion auf den Grenadüberfall (Okt. '83) und die befürchtete US-Invasion in Nicaragua wurde diese Initiative aus dem Stand heraus begonnen und hat sich im Laufe von fast vier Jahren als Organisation stabilisiert. In Nicaragua hat COBRISA den Stand einer Nicht-Regierungsorganisation, die vom Gesundheitsministerium MINSa gebeten wurde, ihre Arbeit längerfristig fortzuführen.

Nach wie vor versteht sich COBRISA als Teil der Solidaritätsbewegung und leistet mit seinem Konzept der personellen medizinischen Hilfe einen Beitrag zur Unterstützung von Unabhängigkeit und Selbstbestimmung in der 3. Welt.

Seit kurzem unterstützt der Gesundheitsladen Berlin Ärzte und Pflegepersonal in El Salvador. Dabei liegt ein besonderes Gewicht auf der Hilfe bei der Ausbildung von Gesundheitspromotoren.

Da solche Arbeit nicht mit öffentlichen Mitteln rechnen kann, muß sie ausschließlich durch Spenden finanziert werden. Doch wird dieses kritisch-solidarische Engagement nur dann weitergeführt werden können, wenn es durch ein stärkeres Spendenaufkommen gesichert ist.

EL SALVADOR

Der große Dialog

Esquipulas II, das Abkommen der fünf zentralamerikanischen Präsidenten, machte es möglich: Zum ersten Mal nach drei Jahren gab es am 4. und 5. Oktober dieses Jahres wieder ein Gespräch zwischen Regierung und Guerilla in El Salvador. Im Unterschied zu den Verhandlungsversuchen von Ende 1984 waren beim jetzigen Dialog die beiden Kommissionen hochkarätig besetzt und, wie übereinstimmend von Beobachtern erklärt wurde, offenbar ernstlich an einer Lösung der Kriegsproblematik interessiert. Wer einen entscheidenden Durchbruch oder konkrete Ergebnisse erwartet hatte, sah sich nach dem Ende der Verhandlungen zweifelloß enttäuscht. Dennoch herrsch vorsichtiger Optimismus, denn beide Seiten bleiben in Verhandlung und haben sich dafür sogar konkrete Fristen gesetzt – in Anlehnung an *Esquipulas II*, versteht sich.

Im Vorfeld hatte es noch einige Auseinandersetzungen gegeben: Der Dialog drohte an Bedeutung zu verlieren, als Präsident Duarte am 1. Oktober bekannt gab, er würde nur dann teilnehmen, wenn alle fünf Mitglieder der Comandancia der FMLN zum Gespräch nach San Salvador kämen. Mit einer zweitrangigen Delegation würde er selbst nicht verhandeln.

Die FMLN erklärte in einer Pressekonferenz in Chalatenango, sie sei bereit, den Friedensplan von *Esquipulas* einzuhalten. In Bezug auf die Bedingungen Duartes erwiderten sie, daß sie zwei verschiedene Delegationen bereithielten: Eine auf höchstem Niveau mit vier FMLN-Kommandanten und, falls Duarte nicht teilnehmen sollte, eine Alternativ-Delegation nur mit den Kommandanten Facundo Guardado und Jorge Meléndez. Die Pressekonferenz, zu der die Kommandanten Leonel González, Fermán Cienfuegos, Salvador Guerra und Eduardo Solórzano geladen hatten, fand im Norden Chalatenangos in der Nähe der Grenze zu Honduras statt. Die Journalisten hatten Schwierigkeiten, nach Chalatenango zu kommen, da die Armee die Zufahrt zu blockieren versuchte. Ca. 30 Journalisten gelang es schließlich doch, die Straßensperren zu umgehen und in die von der Guerilla kontrollierte Zone zu kommen. Auf dem Rückweg wurde die Autokarawane der Presseleute jedoch in der Nähe von Dulce Nombre de Maria von der Armee gestoppt und die Journalisten eine Stunde lang festgehalten. Die Militärschefs beschwerten sich, daß die Pressevertreter ohne die Erlaubnis der Streitkräfte nach Chalatenango

gekommen waren. Die Suchaktion der Luftwaffe nach den Journalisten war wegen des Wetters nicht erfolgreich gewesen.



Pressekonferenz der FMLN in Chalatenango
Eduardo Solórzano, Leonel González, Fermán Cienfuegos, Salvador Guerra
(Foto: René Hertado)

Am Tag vor dem Dialog wurde die Ankunft der Guerilleros mit Spannung erwartet. Per Flugzeug aus Panama und mit Begleitschutz von Rotem Kreuz und Kirche aus Chalatenango kamen sie Samstagnachmittag bzw. Sonntag ganz früh nach San Salvador in die Höhle des Löwen. Für die FDR kamen: Dr. Guillermo Manuel Ungo, Dr. Rubén Zamora, Hector Oqueli Colindres und Jorge Villacorta. Die FMLN-Vertreter waren die Kommandanten Leonel González, Facundo Guardado, Jorge Meléndez und Jorge Shafik Handal.

Präsident Napoleón Duarte erklärte sich schließlich auch bereit, am Gespräch mit den Aufständischen teilzunehmen. Der Regierungsdelegation gehörten außer ihm General Vides Casanova (Verteidigungsminister), Rey Prendes (Minister für Kultur und Kommunikation), Dr. Chávez Mena (Planungsminister), Dr. Abraham Rodríguez (Leiter des Präsidialamtes), Luis Grande Preza (Vertreter der UNOC – Union Nacional de Obrero

Campesina), Federico Bloch (Präsident der taca - salv. Luftfahrtgesellschaft) und General Reynaldo López Nuila an; letzterer war als stellvertretender Sicherheitsminister in die Regierungskommission aufgenommen worden, nachdem die Oppositionsparteien eine Teilnahme abgelehnt hatten.



Pressekonferenz der Regierung Duarte direkt nach dem Ende des Dialogs am Montag, 5. 10. 87, 2 Uhr morgens im Hotel Sheraton, San Salvador. Präsident Napoleón Duarte umgeben von den Generälen Vides Casanova und Flores Lima (rechts).

Foto: Lisa Luger

Schon vor dem Dialog hatte Rubén Zamora (mit Einwilligung der FMLN) die Bereitschaft der FDR erklärt, sich in das politische Leben im Land einzugliedern.

Die FMLN hatte einen Waffenstillstand für die Zeit des Dialogs angeboten, auf den die Regierung jedoch nicht bereit war, einzugehen.

Trotz des Waffenstillstandsangebots der Guerilla unternahm die Armee am ersten Oktoberwochenende mehrere militärische Operationen in den Kampfgebieten. Schon in den Tagen vor dem Dialog wurden die Zufahrtsstraßen vom Norden in die Hauptstadt strengstens kontrolliert und die Insassen der Fahrzeuge auf Waffen (ohne gültigen Waffenschein) untersucht. Wer einen Waffenschein besaß durfte sich allerdings seinen großkalibrigen Revolver wieder einstecken.

Napoleón Duarte mußte in der Woche vor dem Dialog noch letzte Anweisungen einholen: Drei Tage zuvor war der Sonderbotschafter der US-Regierung für Mittelamerika, Morris Busby,

erneut in San Salvador zu Besuch, zum dritten Mal innerhalb von weniger als zwei Wochen. Zwei Tage vor dem Dialog betonte Duarte seine Bereitschaft, den Plan Esquipulas II zu erfüllen: "Ich gehe hin im Geist des Friedens und mit der Überzeugung, daß die Gesellschaft mit Haß nicht den Frieden erreichen kann." Er berief sich auf zwei Dokumente, die ihn im Gespräch mit den Aufständischen stützen sollten: Die Verfassung von El Salvador und das Dokument von Esquipulas II.

In der Woche vor dem 4. Oktober fand ein mächtiger Propaganda-Feldzug der Regierung statt: Radio, Fernsehen, Zeitungen, Plakatwände und Parolen in den Straßen und an den Häusern - alles war voll der Friedensbekundungen der Christdemokraten: "Duarte por la paz"!

Die Opposition war nicht mit dem Friedensgeist Duartes anzustecken. Der Generalsekretär der PCN (Partido de Conciliación Nacional), Hugo Carillo Corleto, verglich Duarte mit Casius Clay, der angeschlagen in die dritte Runde ging: Duarte mit einer schwachen Regierung, ohne eine vernünftige Lösung für den Krieg anbieten zu können.

Am Sonntag, dem 4. Oktober um 9 Uhr morgens sollte der Dialog zwischen der Regierung und der Guerilla in den Räumen der Nuntiatur beginnen. Doch die Vertreter von FMLN und FDR, von denen ein kleiner Teil die Nacht in den Botschaften von Mexiko und Spanien verbracht hatte, baten um eine Verschiebung, um erstmal eine Möglichkeit zum Austausch zu haben und einen Verhandlungsplan erarbeiten zu können. In der Residenz des spanischen Botschafters traten sie in einer kurzen Pressekonferenz vor dem Dialog gemeinsam an die Öffentlichkeit.

So konnte der Dialog erst mit einigen Stunden Verspätung beginnen. Die Sicherheitskräfte hatten das Gebiet um die Nuntiatur, dem Verhandlungsort, weitläufig abgesperrt. Gegen 13.30 Uhr kamen zunächst die Regierungsvertreter in die schwer bewachte Nuntiatur. Anschließend fuhr in Begleitung von Rot-Kreuz-Fahrzeugen in den Diplomaten-Limousinen der Botschaften von Spanien, Mexiko, Italien, BRD und Panama die Guerilleros vor. Die Gespräche konnten beginnen (nach einem gemeinsamen Mittagessen à la italiana). Über den Verhandlungsverlauf informierte Rosa Chavez, der Weibbischof und offizielle Sprecher für den Dialog, die gespannte Presse und die Öffentlichkeit.

Fiesta Salvadoreña

Streng bewacht, gut 100 m von der Nuntiatur entfernt, fand gleichzeitig seit Samstagnachmittag ein Volksfest statt. Doch die weißen Fahnen der Christdemokraten wurden zunehmend



Fiesta während der Tage des Dialogs. Auf dem Platz vor der Nuntiatur in San Salvador wurde ein Fest der Christdemokraten von UNTS-Anhängern und Studenten zu ihrer Fiesta umfunktioniert, die weiße Friedenstaube der Duarte-Anhänger mit FMLN-Parolen bemalt.

(Foto: Lisa Luger)

durch rote ersetzt, als ein Demonstrationszug der UNTS (Dachorganisation von Arbeiter- und Campesinogewerkschaften vgl. LN 163, S. 60 ff) und der Studenten von der Innenstadt zum Platz vor der Nuntiatur zog, auf dem die Regierung ihr eigenes Fest geplant hatte. Die weiße Fahnen schwingenden und überwiegend weiß gekleideten Christdemokraten mit dem Spruch 'Duarte por la Paz' auf ihren Hüten zogen sich gegen Abend zurück und setzten auf Einladung des Ministers für Kultur und Kommunikation, Rey Prendes, ihr Fest vor dessen Haus in der Nähe fort.

Am Tag des Dialogs kam es zu vereinzelten Auseinandersetzungen zwischen Christdemokraten und Anhängern der UNTS. Interessanterweise blieb der Versuch der christdemokratischen Führer, als geschlossene Gruppe wieder auf das Festgelände zu gelangen, ohne Erfolg. Die Duarte-Anhänger mit ihren weißen Schirmmützen zogen es vor, lieber vereinzelt oder in kleinen Gruppen an dem Fest teilzunehmen. So zogen sich die Christdemokraten schließlich wieder zurück und veranstalteten zwei Straßenzüge weiter ihr eigenes Fest.

Die Linke nutzte weidlich den Freiraum, der sich durch den Dialog und die internationale Öffentlichkeit bot. Direkt unter den Augen und Ohren hunderter schwerbewaffneter Polizisten

wurden eindeutige Sympathien für die FMLN und die Sandinisten in Nicaragua laut. Tausende Salvadoreños tanzten drei Tage lang unter roten Fahnen und warteten auf die Kundgebung durch die Kommandanten.

Doch es bleibt die Frage, ob sie den Freiraum nicht bitter bezahlen werden müssen und ob die Repression hinterher umso heftiger zuschlägt, wenn die internationale Öffentlichkeit wieder weg ist. Die zahlreichen Spitzel auf dem Fest und auf der Presstribüne (mit teilweise schlecht versteckten Revolvern) sprechen für sich.

Die Entschlossenheit und den Mut der UNTS-Anhänger und Studenten bekam der offizielle Sprecher während des Dialogs, Weihbischof Gregorio Rosa Chávez, am Nachmittag des zweiten Verhandlungstages am eigenen Leib zu spüren. Als er sich auf den Weg zur weiter entfernten Bühne der Christdemokraten machte, um das Ende des Dialogs noch an dem selben Abend anzukündigen, wurde er von Teilnehmern des Festes der Linken am Weitergehen gehindert und lautstark aufgefordert, seine Neuigkeiten auch auf der UNTS-Bühne bekannt zu geben. Mit der ironischen Bemerkung "Ich wurde eingeladen, hier zu sprechen" gab Bischof Rosa Chávez entgegen seiner ursprünglichen Absicht die gar nicht so umwerfende Nachricht vor tausenden rote Fahnen schwingenden Salvadoreños bekannt, bevor er sie vor überwiegend weiß gekleideten Menschen mit weißen Fähnchen wiederholte.

Krise in der Verhandlung

Lange Zeit war nichts aus dem Inneren der von Polizei und Armee gut gesicherten Nuntiatur in San Salvador nach außen gedrungen. Das lag daran, daß der Dialog in den Mittagsstunden des zweiten Verhandlungstages in einer tiefen Krise steckte. Ein ergebnisloser Abbruch der Verhandlung lag in der Luft und konnte nur durch eine gewisse "gruppendynamische" Erfahrung von Erzbischof Rivera y Damas verhindert werden: Er forderte die Teilnehmer auf, sich von ihren Plätzen zu erheben und sich körperlich wie geistig zu lockern. Entscheidende Diskrepanzen gab es im Zusammenhang mit der Verfassung bzw. der Verfassungsmäßigkeit verschiedener von den FDR-FMLN-Vertretern vorgeschlagener Maßnahmen zur politischen Lösung des Konfliktes. Eine an den machtpolitischen Gegebenheiten in El Salvador orientierte Beteiligung der FMLN an der politischen und sozialen Zukunft des Landes widerspricht dem verfassungsmäßigen Auftrag der Streitkräfte, in allen Landesteilen die "Nationale Souveränität" zu gewährleisten und im gesamten Staatsgebiet die militärische Macht innezuhaben. Ganz abgesehen von aller Skepsis gegenüber der "neuen Demokratie" in El Salvador und ihrer Verfassung erfordert es nicht viel Phantasie, sich auszumalen, daß die



Weihbischof Gregorio Rosa Chávez war der offizielle Sprecher des Dialogs zwischen Regierung und FDR-FMLN am 4. und 5. Oktober (Foto: Jens Holst)

Aufgabe der von ihr kontrollierten Gebiete für die Guerilla ebenso unannehmbar ist wie die Niederlegung der Waffen als Voraussetzung für eine Beteiligung am politischen Leben des Landes.

Jorge Shafik Handal, der Vertreter der Kommunistischen Partei in der FMLN, forderte denn auch den Präsidenten im Anschluß an den Dialog auf, doch einfach die Verfassung zu ändern, wenn sie einer Einigung im Wege steht. Das wäre ja schließlich nicht verfassungswidrig und könnte zur Überwindung der bestehenden Probleme beitragen.

Über die vielbeschworene nationale Souveränität gibt es ohnehin sehr unterschiedliche Auffassungen. Während Napoleón Duarte auffällig oft betont, Präsident eines souveränen, unabhängigen Staates zu sein, besteht eine der zentralen Forderungen von FDR und FMLN in der Beendigung des US-amerikanischen Einflusses in allen wichtigen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Belangen El Salvadors. Daß Duarte seinen nicaraguanischen Kollegen Daniel Ortega wegen dessen Dialogangebot an die USA kritisiert, weil dies nicht dem rein zentralamerikanischen Abkommen Esquipulas II entspricht und sich dieser vielmehr mit den Contras an einen Tisch setzen soll – so wie er selbst es mit der salvadorensischen Guerilla getan hat, verstärkt den Eindruck, daß der Präsident von El Salvador einer erheblichen Fehleinschätzung unterliegt. Er selbst ist genauso abhängig von der Reagan-Administration wie die Contras. Folgerichtig wäre also vielmehr eine direkte Verhandlung von FMLN und FDR mit dem State Departement bzw. dessen Botschaft in San Salvador nicht nur ehrlicher, sondern vermutlich auch relevanter.

Anlaß zu verhaltenem Optimismus

Zumindest auf eins konnten sich die Verhandlungspartner in der Nuntiatur von San Salvador einigen: auf Esquipulas II und die darin enthaltenen Vorstellungen über eine Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen in Mittelamerika. Doch da fangen auch schon die unterschiedlichen Interpretationen an. Während die Regierung immer wieder ihre eigene Dialog-Initiative hervorhebt und die Sandinisten auffordert, ihrerseits endlich mit den Contras Verhandlungen aufzunehmen, betonten FDR und FMLN die Unterschiede zwischen beiden Ländern. Entscheidende Punkte in der Argumentation der Guerilla sind die eigene militärische Stärke und besonders die Kontrolle über bestimmte Gebiete des Landes. So sagte Dr. Guillermo Ungo am Tag nach dem Ende der Verhandlungen bei einer Pressekonferenz in der Residenz des spanischen Botschafters (bei der bezeichnenderweise die Einlaßkontrolle von BGS-Angestellten der BRD-Botschaft durchgeführt wurde): "Ich glaube, die Tatsachen zeigen, daß es keine Symmetrie zwischen Nicaragua und El Salvador gibt. Die Übereinkünfte von

gestern bringen in gewisser Weise diese nicht vorhandene Symmetrie zum Ausdruck. Der Dialog hat im Fall Nicaragua zwei Aspekte: ein Dialog über einen Waffenstillstand mit den bewaffneten Aufständischen, und ein allgemeiner politischer Dialog. Die Abkommen von gestern - die Teilnehmer kamen von der FMLN und von der FDR - wurden mit bewaffneten und unbewaffneten Aufständischen geschlossen. Zweitens verdeutlicht gerade unsere Anwesenheit hier, daß eine politische Lösung ohne unsere Frentes unmöglich ist. Warum nicht? Weil wir Ausdruck politischer und militärischer Macht sind."

Auch wenn der Dialog zweifellos die faktische Anerkennung der FMLN als zweite Macht im Staate bedeutete, deren Kräfteverhältnisse keine militärische Lösung des Konflikts zulassen, verschloß sich die Regierungskommission offenbar den daraus abzuleitenden Konsequenzen. Von einer offiziellen Anerkennung der Frentes als autonome und gleichberechtigte militärische Macht in El Salvador war man jedenfalls weit entfernt.

Trotz aller Widersprüche und unterschiedlicher Grundsatzpositionen bleibt als wichtigstes Ergebnis des Dialogs vom 4. und 5. Oktober festzuhalten, daß sich beide Seiten darauf einigen konnten, in Verhandlung zu bleiben. Dafür wurden sogar konkrete zeitliche Vorgaben gemacht - selbstverständlich im Rahmen von Esquipulas II. Zwei Kommissionen aus jeweils vier Vertretern beider Seiten werden zum einen über die Modalitäten eines Waffenstillstands und zum anderen über die übrigen Punkte des Abkommens der fünf zentralamerikanischen Präsidenten verhandeln. Kann man sich bis zum 7. November nicht einigen, werden die Gespräche mindestens weitere drei Monate lang fortgesetzt.

Das Ergebnis des Dialogs mag dürftig erscheinen. Wer Konkreteres erwartet hatte, muß sich allerdings nachträglich den Vorwurf überzogener Erwartungen gefallen lassen. Es herrscht vorsichtiger Optimismus und es wird betont, daß die Verhandlungen von beiden Seiten ernsthaft geführt wurden und ein Klima gegenseitiger Akzeptanz herrschte. Wie der Essener Bischof Stehle versicherte, der auf Einladung von Erzbischof Rivera y Damas und der salvadorensischen Bischofskonferenz an dem Dialog teilnahm, galt das sogar für die auf Regierungsseite teilnehmenden Militärs (die Generäle Vides Casanova und Flores Lima), die zwar in geringerem Maße und mit weniger diplomatischem Geschick, aber immerhin aktiv in das Gespräch eingriffen. Bischof Stehle, der gleichzeitig Leiter des katholischen Hilfswerks Adveniat ist, bescheinigte allen Beteiligten ernsthaftes Interesse am Zustandekommen eines Abkommens.

Verhandelt wurde während der insgesamt 20 Stunden über die Einstellung der bewaffneten Auseinandersetzungen, die Rückkehr der Flüchtlinge und eine Amnestie für die politischen

Gefangenen in El Salvador. Eine Einigung in diesen Punkten war offenbar vorerst nicht möglich, was Napoleón Duarte allerdings nicht daran hinderte, unmittelbar nach dem Ende des Dialogs nicht nur hoch und heilig die Erfüllung von Esquipulas II "Buchstabe für Buchstabe" zu versprechen, sondern auch eine allgemeine Amnestie für alle politischen Gefangenen und einen ausgehandelten Waffenstillstand. Ob sich Duarte in diesen grundlegenden Fragen gegen die einflußreiche Oligarchie und gegen die Militärs wird durchsetzen können, bleibt allerdings fraglich. Immerhin gelang es ihm auch nicht, die überwiegend rechte politische Opposition in den Dialog einzubeziehen; ARENA tat die Verhandlung zwischen Regierung und FDR-FMLN als reine Propaganda-Show ab, und auch Generalstabschef Adolfo O. Blandón übte Kritik an den Ergebnissen des Dialogs und vor allem an dem entstandenen Freiraum, der von der linken Opposition weidlich ausgenutzt wurde. Nach Aussagen eines Beobachters waren trotz seiner Position und seiner führenden Rolle im Dialog die schwache politische Position von Duarte und seine eingeschränkte Durchsetzungsfähigkeit gegenüber anderen Interessengruppen spürbar. Diesen Eindruck gewann auch Kommandant Jorge Meléndez, genannt Jonas, aus Morazán: "Herr Duarte hat ziemliche Angst vor den Militärs. Die Militärs haben scheinbar kein Interesse an der Suche nach anderen Alternativen. Er hat auch ziemliche Angst davor, mit der Kriegsstrategie der USA für den Fall El Salvador in Widerspruch zu geraten."

Offenbar fehlte es ihm auch im Anschluß an die Verhandlungen an persönlicher Courage. Anstatt zusammen mit den Vertretern von FDR und FMLN auf einer eigens dafür hergerichteten Bühne aufzutreten und das Dialog-Ergebnis der Öffentlichkeit vorzustellen, zog er sich sofort zu seinen abseits versammelten Parteifreunden zurück, bevor er sich der Presse stellte. So erschienen nur die vier FDR-Vertreter zusammen mit den vier Kommandanten der FMLN, umjubelt von tausenden Salvadoreños, die seit zweieinhalb Tagen feiernd auf das Dialogergebnis gewartet hatten. Sieht man einmal von den reichlich versammelten Spitzeln ab, lagen die Sympathien hier eindeutig auf Seiten der Befreiungsbewegungen. Wenn man sich nicht von den platten Diffamierungen der Rechten blenden läßt, für die die UNTS und die Studenten der National-Universität - neben anderen - ohnehin bedingungslose Anhänger bzw. Tarnorganisationen der FMLN sind, machten diese Szenen der Begeisterung nachhaltig klar, daß der Konflikt in El Salvador weit über einen rein militärischen hinausgeht und folglich nur auf politischem Wege gelöst werden kann. Ob der Dialog vom 4. und 5. Oktober ein wichtiger Schritt gewesen ist, läßt sich wohl erst in mehreren Jahren beurteilen.

MITTELAMERIKA

Esquipulas II: Die perfide Propaganda gegen Nicaragua

Das Abkommen von Esquipulas, wo sich die Präsidenten der 5 zentralamerikanischen Staaten am 7. 8. 87 trafen, und die Folgetreffen von Außen- und anderen Ministern sind in den verschiedenen Ländern in aller Munde. Ebenso die penetranten Versuche der US-Administration, den Verständigungsprozeß der Länder zwischen Mexiko und Panama zu untergraben.

Trotz der fast hoffnungslos erscheinenden Ausgangslage wird allorten große Hoffnung in einen rein lateinamerikanischen Einigungsprozeß, sowohl auf zwischenstaatlicher als auch auf jeweils nationaler Ebene gesetzt. Ob der Arias-Plan viel mehr bewirken können, als seinem Autor den Nobelpreis zu verschaffen, bleibt allerdings sehr fraglich. Zu verschieden sind die Vorstellungen. Wie soll man z.B. die Befreiungsbewegung in El Salvador mit den Contras in bzw. um Nicaragua herum vergleichen können? Zu verschieden sind auch die politischen Interessen, auf die immer auch entscheidend die des großen Bruders USA einwirken. Und zu groß ist die gegenseitige Skepsis, das gegenseitige Mißtrauen.

Besonders deutlich wird dies in der täglich auf die Bewohner der 4 Nachbarländer Nicaraguas einwirkenden antisandinistischen Propaganda. Aus dem Land selber werden nur negative Meldungen aufgenommen, während jedes Aktiönchen der Handvoll Contras z.B. in Guatemala-Stadt zu einer Nachricht hochstilisiert wird. Was in diesem Punkt die Verzerrung von Gewichtungen anbelangt, ist die bürgerliche BRD-Presse ein Waisenknabe im Vergleich zu den hiesigen Medien.

Besonders arg kommt es dann in Karikaturen und in Kommentaren, die an die Höhepunkte des kalten Krieges erinnern. Die an dieser Stelle abgedruckte Karikatur wurde am 17. 9. 87 in La Prensa Gráfica, einer großen salvadorianischen Tageszeitung, veröffentlicht: Daniel Ortega als einziger bewaffnet am Verhandlungstisch neben den völlig ahnungs- und harmlosen Präsidenten der anderen zentralamerikanischen Staaten. Besser kann man den bewußt oder unbewußt vorhandenen Argwohn gegenüber den Sandinisten kaum schüren!

Anfang September veröffentlichte die größte guatemaltekeische Tageszeitung Prensa Libre in einer Kommentar-Kolumne mehrere Tage hintereinander die Einschätzungen eines ihrer Journalisten, der zusammen mit Kollegen aus den anderen zentralamerikanischen Staaten für einige Tage Nicaragua besuchte. Was zuerst als Möglichkeit zur Verbesserung der Informationslage und als Geste der Normalisierung in Folge des Abkommens von Esquipulas erschien, wurde von



Ich verspreche, das Friedensabkommen für Zentralamerika, Esquipulas II, zu erfüllen.

dem guatemaltekeischen Reporter zu einer üblen antisandinistischen Propaganda und Hetze genutzt. Wer die Realität in Guatemala kennt, kommt unweigerlich zu dem Schluß, daß dieser Journalist große Teile seines eigenen Landes gar nicht kennen kann, ebenso wie der größte Teil seiner Landsleute, die sich überhaupt eine Zeitung leisten können. Abgesehen davon, daß diese Aufzählungen von Plattheiten und Vorurteilen eigentlich keine Reise nach Nicaragua erfordert hätte. Hier eine Kostprobe:

"Während wir auf das 'Bankett' warteten, baten uns Mirna und Byron, ihnen zu sagen, was wir in Nicaragua kennenlernen wollten. Die Frage hörte sich interessant an. Überraschenderweise merkte ich, daß bei den Kollegen aus den anderen Ländern ihre Gefühle als Touristen die Journalistischen übermannten, und das war einer der Hauptgründe dafür, daß ich nicht alles kennenlernen konnte, was mich interessierte. Hätten sie zusammen mit mir darauf bestanden, hätten wir vielleicht das auffälligst eines kommunistischen (oder sandinistischen, wie sie es nennen) Landes gesehen, seine Gefängnisse.

Ich füllte einen Zettel aus, auf dem ich die Liste dessen aufführte, was mein Interesse weckte, und gab ihn Mirna, die an der gegenüberliegenden Stirnseite des Tisches saß. (Ich saß am Kopfende des Tisches). Als die sandinistische Journalistin meine Vorschläge las, bemerkte sie sicherlich, daß ich nicht dasselbe Interesse wie meine Kollegen hatte, weshalb ihr Lächeln zu einer ernsten Miene wurde, als sie den Zettel bekam. (Auf dem Zettel stand, daß ich zum Mercado Oriental, zum Präsidentenpalast, zum Luftwaffenstützpunkt, in irgendein Gefängnis gehen, irgendeinen Vertreter der Privatwirtschaft interviewen, zur Tageszeitung Barricada, in Armenviertel, in bessere Wohnviertel, zum Büro der ständigen Menschenrechtsorganisation und in eine Diskothek gehen wollte).

Sie antwortete mir, es bliebe nicht genug Zeit, um alle Orte zu besuchen, die ich kennenlernen wollte, und sie entschied, mir einen anderen Zettel zurückzugeben, auf dem sie die Punkte vermerkt hatte, wo sie mich hinführen würde. Obwohl ihre Intention scheinbar ehrlich war, konnte sie mich logischerweise nur in die besseren Wohnviertel, zur Zeitung Barricada, zu einigen bekannten Denkmälern der 'Revolution', zum Mercado Oriental und in eine Diskothek führen. ...

Dort (in Masaya; d. Red.) fiel mir ganz besonders der Gesichtsausdruck der Einwohner auf, bei allen spiegelten sich das Leid, der Hunger und die Unsicherheit in ihrem Ausdruck wider. Mit matten Augen, trockenen und aufgesprungenen Lippen. Ich glaube, nie zuvor hatte ich ein so trauriges Bild gesehen, weil es in Guatemala zwar Armut gibt, so viel wie in Nicaragua vielleicht, aber hier haben wir noch etwas Freiheit."

KOLUMBIEN

Eskalation des Terrors — Erfahrungen einer Reise

Ziemlich unbedarft, zumindest was die Situation der politischen Gewalttätigkeit des Landes anging, traf ich Mitte Oktober in Kolumbien ein. Meine Erinnerungen an das friedfertige, kleine Nicaragua von dem ich kam, waren schnell verscheucht angesichts des militarisierten Klimas und der Gewalt, der ich begegnete. Zusammen mit persönlichen Erfahrungen möchte ich das Ausmaß der Eskalation des Terrors, die zur Zeit in Kolumbien zu erleben ist, in diesem Beitrag darstellen.

Gleich am Abend meiner Ankunft in Cartagena, am 17. September, erfahre ich aus den Fernsehnachrichten die neueste Schlagzeile: Ein Kommando der M-19 hat die Redaktionsräume der Abendzeitung "diario 5pm" gestürmt und mit mitgebrachten Vorlagen die Abendausgabe gedruckt, ohne daß dies von außen bemerkt worden war. (1) Inhalt: ein neuer Friedensvorschlag mit der Forderung nach einem Dialog für einen "nationalen Pakt" und einer in der Folge zu konstituierenden Übergangsregierung, an der alle gesellschaftlichen Gruppen des Landes beteiligt werden.

In den folgenden Tagen lerne ich Julio kennen, gerade Hofkehrer einer der vielen für Touristen hergerichteten Kolonialprunkbauten. Er zeigt mir das Slumviertel, wo er Zuhause ist, zeigt mir, unter welchen Bedingungen Familie, Freunde und Bekannte wohnen — in einem Elend, wie ich es in Nicaragua nicht gesehen habe. Danach gefragt, ob es hier keine politisch aktiven Leute gäbe, lautet seine Antwort: Doch, er selber hätte schon mal ein bißchen mitgemacht, doch seit der wichtigste "líder político" ermordet worden sei, habe er es mit der Angst zu tun bekommen, sei ausgestiegen und wolle nichts mehr davon wissen.

Auf der Fahrt von Cartagena nach Bogotá habe ich wieder ein "Schlüsselerlebnis". Der Bus hat gerade erst die Außenbezirke Cartagenas hinter sich, da gibt es einen unfreiwilligen Halt: die Straße ist abgesperrt, Polizei. Es sieht nach einem Unfall aus, doch seltsamerweise fehlen die Autos. Im Straßengraben liegt etwas und Leute stehen darum herum. Da meint mein Sitznachbar: "Jedesmal, wenn sie jemanden umlegen, werfen sie ihn in der Nacht in den Straßengraben, wo die Leiche liegt, bis jemand sie findet."

Beim Umsteigen in Barranquilla kaufe ich mir die Zeitung, "EL Heraldo", und finde unter der Überschrift "Offizielle Komplizenschaft bei Folter und Todesfällen" einen Artikel zu einem Bericht von Amnesty International. Darin heißt es u.a.: "Die Zahl der

Opfer dieser Handlungen (der Todesschwadronen) übersteigt für das Jahr 1987 die Tausend..." und weiter: "Für Amnesty war die Straflosigkeit 1986 so offensichtlich, daß die 'Pistoleros' ungehindert die zahlreichen Polizei- und Straßenkontrollposten passieren konnten..."(2) Auf der 22-stündigen Fahrt gibt es dann tatsächlich viele Straßenkontrollen, auch außerhalb der Zahlstellen, an denen auf ganz normaler Landstraße ein Wegzoll zu entrichten ist. Bei vier davon werden alle Passagiere aus dem Bus geholt, müssen sich mit dem Gesicht zur Wand und erhobenen Händen aufstellen, während ein Soldat mit der MP im Anschlag dahintersteht, ein zweiter alle abtastet und andere das Gepäck durchsuchen.

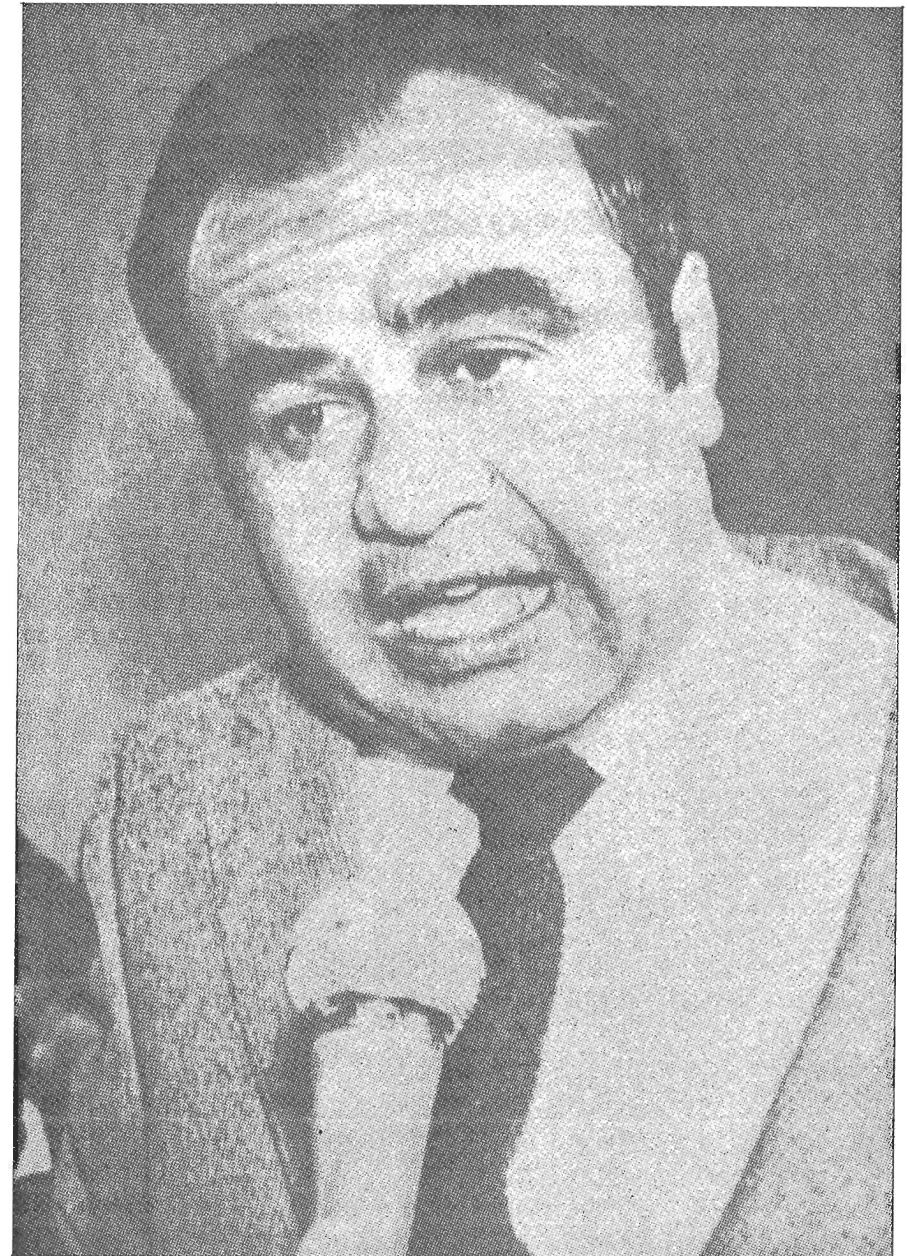
Eine gutgekleidete Frau mit Kindern veranlaßt mich, meine Wertsachen aus dem Rucksack zu holen, denn "die Militärs klauen mehr als alle andern."

Zwei weitere Erlebnisse, die ich nicht ausführen will: Studenten erzählen mir in langen Nächten, wie Freunde von ihnen Zuhause von Militärs aus den Betten geholt und verschleppt wurden und seitdem "verschwunden" sind. Oder dieses: Mitten in Bogotá wird am 9. September direkt vor uns die ganze Avenida Nacional abgesperrt. Studenten haben ein Unigebäude besetzt (wie zeitgleich auch in Medellín und Cali, wie später zu erfahren war) und es hatte einen Schußwechsel mit dem Militär gegeben. Auf Fragen hieß es: "Es wird nur scharf geschossen."

In einem Kommentar zu den jüngsten politischen Morden schreibt Antonio Caballero in "El Espectador": "Vor fast zwei Jahren, nach den bisher ungeklärten Vorkommnissen im Justizpalast, erklärte Barco - damals Präsidentschaftskandidat -, daß in Kolumbien durch seinen Vorgänger 'die schlimmste Regierungsform eingeführt werden sollte, die, in der die Regierung keine Rechenschaft ablegt.' Aber es gibt eine noch schlimmere Regierungsform, die, die er einführen möchte: diejenige, in der die Regierung keine Rechenschaft von ihren Untergebenen verlangt." (3)

Kurze Zeit danach wird eine 'Schwarze Liste' der Todesschwadronen veröffentlicht (4). Eine kleine Analyse der Liste zeigt: von 34 Todeskandidaten sind

- 9 Politiker, davon 5 Abgeordnete der linken Union Patriótica, darunter ihr Präsident Jaime Leal Pardo (am 11. Oktober ermordet)
- 7 Journalisten, einer davon der eben genannte Caballero
- 5 Rechtsanwälte und/oder menschenrechtler, einer davon Hector Abad Gomez (am 25. August erschossen)
- 4 Künstler
- 3 Gewerkschaftsführer
- 3 Universitätsprofessoren, darunter der Wirtschaftsexperte Jorge Child (anerkannte Kapazität, auch Autor, Journalist und Gastprofessor in Oxford)
- 2 Ex-Militärs (ein Mayor und ein Kommandant)
- 1 Pfarrer.



Jaime Pardo Leal

Ihre "Verbrechen", die ihnen von den Paramilitärs vorgeworfen werden:

- Komplizenschaft mit der Guerilla, mit Kuba oder der Sowjetunion bzw. "Verliebte von Guerilleros" zu sein, wenn es sich um Frauen handelt (15 Mal aufgeführt)
- "Kritik", "Verunglimpfung" oder "Verrat" der Streitkräfte (11 Mal aufgeführt)
- (kommunistische) Subversion (11 Mal aufgeführt)
- "Falscher Demokrat" oder "unmoralisches Subjekt" zu sein (4 Mal aufgeführt)
- Mitglied des Komitees für Menschenrechte zu sein (4 Mal aufgeführt).

Ungebremster Machismo und ein ideologischer, faschistoider Narzißmus scheint die psychische Grundverfassung dieser Gruppen zu sein. Neben dieser Todesliste gibt es noch andere: diese sollte nur als ein Beispiel dienen.

Mit der Ermordung des Präsidenten der UP, Pardo Leal, hat die "Verschlechterung der politischen und sozialen Situation in Kolumbien ein unerträgliches Maß erreicht" schreibt 'El País' (5). Bei den nach bekanntwerden des Mordes in Bogotá und anderswo eintretenden Unruhen kamen fünf weitere Menschen ums Leben. Während Bogotá militarisiert wurde, erklärte die Guerilla ihren einseitigen Waffenstillstand für beendet und versprach Vergeltung für Pardo Leal. Auch werden die verschiedenen Strömungen ihre junge, neue politische Einigung nicht mehr so schnell aufgeben: Bei der anhaltenden Legitimitätskrise des Staates - für manche bewegt sich die Regierung schon lange in einem "Legitimitätsvakuum" - wird die Stärke der Guerilla weiter wachsen und die innenpolitischen Auseinandersetzungen der ungleichen Gegner werden sich weiter verschärfen.

- (1) diario 5 pm, 17. September 1987, Bogota (Kopie liegt vor).
- (2) El Heraldo, 30. September 1987, S.8A, Barranquilla.
- (3) El Espectador, 19. August 1987, Bogotá.
- (4) Liegt der Redaktion vor.
- (5) El País, 13. Oktober 1987, S.14, Madrid.

URUGUAY

600 000 fordern ein Plebiszit über 12 Jahre Staatsterrorismus

Ein Volk übt sich in Demokratie. Gegen die von den Regierenden im Dezember 1986 in Form des "Gesetzes über die Hinfälligkeit der Strafabsicht des Staates" vorgeschriebene Art der Vergangenheitsbewältigung, nämlich das Vergessen, werden seit Februar dieses Jahres Unterschriften gesammelt. Ziel ist es, einen Volksentscheid über die Gültigkeit des Gesetzes herbeizuführen und auf dem Weg der Gesetzes-Annulation die gerechte Bestrafung für die während der Diktatur von Militär und Polizei verübten Menschenrechtsverletzungen durchzusetzen.

Das Amnestiegesetz

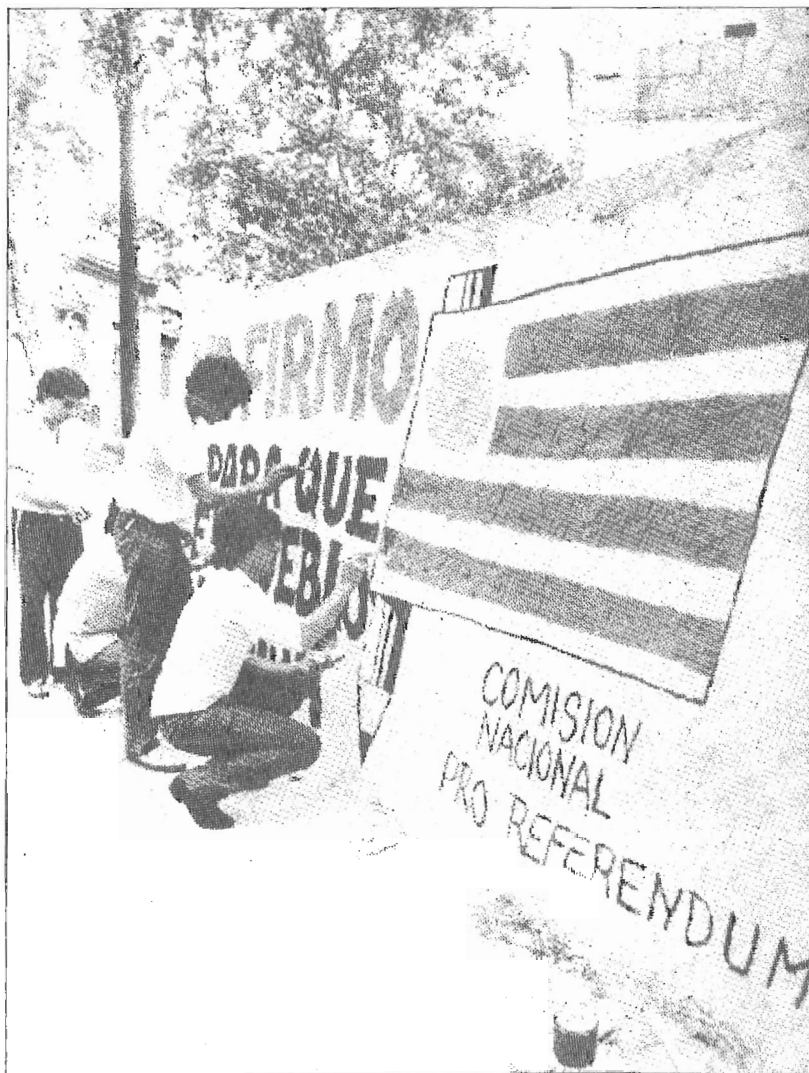
Mit dem Amtsantritt von Julio María Sanguinetti am 1. März 1985 endete in Uruguay die fast zwölfjährige Militär-Diktatur. Abgesehen von einer ruinierten Wirtschaft und einer Auslandsschuld von annähernd 5 Mrd. Dollar hinterließen die Militärs ein Land mit 50.000 politischen Gefangenen, die fast alle schwer gefoltert wurden, 300 noch heute verschwundenen, 80 in den Gefängnissen gestorbenen Menschen. Die psychischen und sozialen Schäden lassen sich in Zahlen gar nicht erst ausdrücken.

So waren sich bei der Rückkehr zur Demokratie alle politischen Parteien darüber einig, die 1983 im "Club-Naval"-Abkommen ausgehandelten Vereinbarungen einzuhalten: das waren unter anderem die Amnestie für alle politischen Gefangenen sowie die Verfolgung der während der Diktatur begangenen Menschenrechtsverletzungen durch die zivilen Gerichtsbarkeit; eine "Amnestie" (1) für Angehörige von Polizei und Militär wurde strikt abgelehnt.

Die noch in den Gefängnissen befindlichen politischen Gefangenen wurden tatsächlich alle freigelassen, anders als in Argentinien. Doch schon bald zeichnete sich der deutliche Widerstand der Militärs ab, sich der zivilen

(1) Anzumerken ist, daß es sich in diesem Fall im eigentlichen Sinne nicht einmal um eine Amnestie handelt, da eine Amnestie eine Verurteilung bzw. eine Untersuchung des Deliktes voraussetzt. Dies ist bisher kaum geschehen. Sollte das Referendum negativ ausgehen, wird auch für die Zukunft jegliche Nachforschung verhindert werden.

Gerichtsbarkeit zu stellen. Gleichzeitig wurden im Parlament verschiedene diesbezügliche Gesetzesprojekte diskutiert, doch gelang es der regierenden Colorado-Partei dabei nicht, gegen die Stimmen von den oppositionellen Blancos und der Frente Amplio (linkes Parteienbündnis) ein "Amnestiegesetz" durchzubringen und damit jegliche Ermittlungen über Morde, Folter, Entführungen, Vergewaltigungen während der Diktatur unmöglich zu machen.



Der Widerstand

Als im Dezember die Weigerung der Militärs definitiv wurde, sich der zivilen Justiz zu stellen und damit offen die demokratischen Institutionen zu mißachten, geriet die Regierung unter Druck. Es bahnte sich ein Machtkampf an zwischen Demokratie und Militär. Unter dem Hinweis, eine "institutionelle Krise" zu verhindern, stimmte nun völlig überraschend und seine bisherige Rhetorik lüge strafend, Wilson Ferreira Aldunate mit seiner Fraktion der Blancos dem "Gesetz über die Hinfälligkeit der Strafab sicht des Staates" zu. (siehe LN 156)

Mit der auf diese Weise bescherten "Weihnachtsgabe" gab sich das uruguayische Volk jedoch nicht zufrieden und der Widerstand wurde organisiert. Anders als in Argentinien sieht die uruguayische Verfassung die Möglichkeit eines Volksentscheids über ein bereits verabschiedetes Gesetz vor, sobald 25% der Wahlberechtigten innerhalb eines Jahres durch ihre Unterschrift ein solches Begehren verlangen. So begann bereits im Februar die von den "Madres y Familiares de Detenidos y Desaparecidos" ("Mütter und Angehörige der Verhafteten und Verschwundenen") eine Kampagne zur Sammlung der etwa 525.000 benötigten Unterschriften. Es gründete sich die "Comisión Nacional Pro-Referéndum" ("Nationale Kommission für das Referendum"), die von verschiedenen Parteien, Gewerkschaften, der Kirche, sozialen Organisationen sowie Persönlichkeiten des kulturellen und öffentlichen Lebens getragen wird. Desweiteren bildeten sich im Ausland Initiativen, um durch ihre Unterschriften und finanzielle Unterstützung zum Erfolg der Kampagne beizutragen. Dies ist deshalb nicht zu unterschätzen, da mehrere Hunderttausend (!) wahlberechtigte Uruguayer aus wirtschaftlichen und/oder politischen Gründen im Ausland leben (hauptsächlich in Argentinien, Brasilien, den USA, Spanien, Australien und Mexiko).

Von Regierungsseite wurde, besonders in den Massenmedien, massive Gegenpropaganda betrieben. "Wer den Tupamaros verzeiht, müsse auch den Militärs verzeihen" hieß es häufig, die Vergangenheit müsse endlich vergessen werden, man solle sich besser (gedankenlos) der Zukunft (welcher Zukunft?) zuwenden; die Unterschriftenkampagne wurde als Zorn- und Rachefeldzug diffamiert. Außerdem wurde von offizieller Seite ständig wiederholt, daß die Unterschriften unmöglich in ausreichender Zahl gesammelt werden könnten.

Selbst Teile der Frente Amplio verhielten sich zu-

nächst abwartend, um nicht die für den täglichen politischen Kampf benötigte Energie in ein aussichtsloses Unternehmen zu investieren.

Die Unterschriften

Nach einem Monat waren bereits 260.000 Unterschriften beisammen und einige Wochen später konnte die Kampagne dank vermehrter finanzieller Unterstützung mit Anzeigen in Presse, Rundfunk und Fernsehen auch an die Öffentlichkeit treten.

Desweiteren unterstützt durch die Studentenschaft und sogar von Teilen der beiden traditionellen Parteien (Blancos und Colorados), besonders aber durch die Arbeit der Unterschriften-SammlerInnen, waren Mitte September 555.000 Unterschriften beisammen; genug, um das Referendum herbeizuführen. Dies ist eine Tatsache von außerordentlicher Bedeutung für Uruguay, zeigt es doch auf eindrucksvolle Weise, daß die Uruguayer sich weder mit einer vom Militär "bevormundeten" Demokratie ("democracia tutelada") (1) zufrieden geben wollen, noch bereit sind, die Greuel der Diktatur zu vergessen. Um sicherzustellen, daß nicht im Nachhinein möglicherweise Unterschriften aberkannt werden, und so die Kampagne nachträglich durch Manipulation zum Scheitern gebracht wird, hat sich die Kommission entschlossen die Unterschriftensammlung bis zum 22. Dezember, also dem Stichtag, fortzusetzen. (Wie Ende Oktober aus einem Artikel von Eduardo Galeano zu erfahren war, ist die Zahl von 600.000 Unterschriften mittlerweile erreicht.) Die gebündelten Unterschriftenlisten werden im Tresor der staatlichen Banco de la República aufbewahrt, wo sich auch das Konto zur Finanzierung der Kampagne befindet. Es herrscht offensichtlich Vertrauen in die Institutionen des Staates, denn aus Gründen des Persönlichkeits- bzw. Datenschutzes werden von den Unterschriftenlisten keine Kopien angefertigt.

(1) Diese Art der Kontrolle der Militärs über die Demokratie ist Teil der US-amerikanischen Strategie für Lateinamerika, dementsprechend werden auch die uruguayischen Streitkräfte von den USA unterstützt.

Das Referendum

Am 22. Dezember wird dann die Übergabe aller Unterschriften an den "Corte Electoral" (Wahlgerichtshof) erfolgen. Von dem Augenblick an, in dem das Gericht die Zahl der Unterschriften bestätigt, ist das "Amnestie-Gesetz" für Militär und Polizei annulliert. Es ist danach die Pflicht der Regierung, innerhalb einer gesetzten Frist den Volksentscheid durchzuführen. Dieses Mal "muß" mit "SI" gewählt werden, um die endgültige Annullierung des Gesetzes zu erreichen, im Gegensatz zum Referendum von 1980. Damals entschied sich die Mehrheit der Bevölkerung für "NO", das heißt sie stimmte gegen den von den Militärs ausgearbeiteten Verfassungsentwurf. Diese Niederlage der Militärregierung war es letztlich, die den Anfang vom Ende der Diktatur einläutete.

So wird auch heute oft daran zurückgedacht, sicherlich in der Hoffnung, der Ausgang des Referendums werde eine ähnlich positive Wirkung haben.

Angesichts des großen Erfolges der Unterschriftensammlung wird fest mit einem günstigen Entscheid im Referendum gerechnet, zumal die Abstimmung anonym, also ohne Nachteile befürchten zu müssen, geschieht.

Doch wie sehen danach die Perspektiven aus? Noch ist



innerhalb der Linken keine richtige Diskussion entstanden, haben andere Themen Vorrang, möglicherweise will man auch nicht zu frühzeitig die Karten auf den Tisch legen. Aus den Reihen der Militärs ließ sich bisher nichts Konkretes erfahren, außer eben den bekannten Sprüchen vom "gerechtfertigten Krieg". Es wird festgehalten an der (in den sechziger Jahren in den USA entwickelten) "Doktrin der nationalen Sicherheit": das Militär wurde gerufen, hat den subversiven Feind besiegt und könne als Sieger nun nicht zu irgendeiner Rechenschaft gezogen werden.

Die Perspektiven

Es kann also über die zukünftige Entwicklung in Uruguay nur spekuliert werden, doch gibt es dazu eine Reihe von Anhaltspunkten. Zunächst einmal muß festgehalten werden, daß ein Sieg im Referendum "lediglich" die Straffreiheit für Mörder und Folterer aufhebt, nicht aber gleichzeitig eine gerechte Bestrafung der Täter bedeutet. In gewisser Weise wäre man in Uruguay "zurück am Ausgangspunkt", im (uruguayischen) Frühjahr letzten Jahres. Dennoch, die Kräftekonstellation wäre eine andere:

Die Position des Volkes wäre erheblich gestärkt, was auch die Haltung von Sanguinetti gegenüber dem Militär stärken könnte, falls er dies wollte. Eine Neuauflage des selben Gesetzes ist kaum denkbar, zuviel Schaden hat das Ansehen von Wilson Ferreira Aldunate gelitten, als daß er noch einmal einem ähnlichen Projekt zustimmen würde. Ein erneuter Putsch der Militärs hätte wohl außenpolitisch noch weniger Konjunktur als innenpolitisch (die momentane Regierung ist eine der "besten" Schuldzahlerinnen und auch sonst auf US-Linie) und gilt damit als fast ausgeschlossen. Doch könnte es zu einem "Säbelrasseln" kommen oder es könnte in geheimen Verhandlungen die Bestrafung einiger weniger Militärs verabredet werden, die sich dann rechtzeitig ins Ausland absetzen. Möglich wäre weiterhin eine Lösung à la Argentina, ein Gesetz über geschuldeten Gehorsam beispielsweise.

Das grundlegende Problem bleibt in jedem Falle die Unterordnung der Streitkräfte unter den Befehl des (zivilen) Präsidenten, die Integration in die demokratische Gesellschaftsordnung. Ob diese Forderung der Linken realisierbar wird, hängt zu einem großen Teil vom politischen Willen Sanguinettis ab - und dieser wiederum wird bereits durch die anstehenden Präsidentschaftswahlen im November 1989 beeinflußt, was durchaus Anlaß

zur Hoffnung sein könnte: Ein Präsident, der sich neben die Militärs und gegen eine Mehrheit im Volksentscheid stellte, würde wohl unmöglich wiedergewählt.

Die Linke

Gestärkt durch ein "SI" im Referendum wären zweifelsohne die Integranten der "Comisión Nacional Pro-Referendum", allen voran die Parteien der Frente Amplio. Die laufende Kampagne hat schon jetzt eine außerordentliche Mobilisation hervorgerufen, die sich in besonderem Maße auf das oft vernachlässigte "Interior" (Uruguay minus Montevideo) erstreckte.

Notwendig ist nun, die Stärke und den Willen des Volkes umzusetzen in politisch wirksame Entscheidungen. Hier kommt der Frente Amplio eine ganz besondere Rolle zu, einig und mit gemeinsamen Vorschlägen an die Öffentlichkeit zu treten, in zukünftigen Debatten die Initiative zu ergreifen.

Es wird mit dem Referendum entschieden über die Glaubwürdigkeit des uruguayischen Demokratie Modells, denn im Falle eines "NO" würden sich alle angedeuteten Perspektiven reduzieren auf Frustration und Ohnmacht, wäre die Bevormundung des Militärs fortgeschrieben, die Aussichten auf eine weiterreichende Demokratisierung (vorerst) zunichte gemacht.



"Ich unterschreibe, damit das Volk entscheidet."

WELTWIRTSCHAFT

Nichts geht mehr

Seit dem Niedergang der finanziellen, ökonomischen und politischen Nachkriegsordnung (Freigabe der Wechselkurse 1973, Ölkrise 1973/74, Niederlage der USA in Vietnam 1975) befindet sich die Weltwirtschaft in einer Übergangsphase, deren Ende noch nicht absehbar ist (s. LN 158, S. 19).

Der inflationstreibenden Vietnamkriegsfinanzierung folgten der Bruch mit dem Bretton Woods - System, die Ölkrise, der Niedergang der US-Hegemonialmachtstellung und die Schuldenkrise.

Mit der Liberalisierung und Globalisierung der Finanzmärkte löste sich die monetäre Sphäre von der Realsphäre. Schulden- und Wirtschaftskrise wurden nur noch verwaltet. Stagnation der Weltwirtschaft und Provinzialismus der Verantwortlichen ließen schließlich einen Teil des Finanzmarktes kollabieren.

Bundesrepublikanische Bestandsaufnahme

Obwohl die konservative Regierung in Bonn seit ihrem Amtsantritt im Herbst 1982 vom Aufschwung spricht, dümpelt die Weltwirtschaft, wie die Daten (Tab.1 und 4) zeigen, vor sich hin. Gemessen am Stabilitätsgesetz, das vor 20 Jahren in Kraft trat, hat die Regierung die Ziele weit verfehlt. Eckpunkte des magischen Vielecks sollten sein: angemessenes wirtschaftliches Wachstum, hohe Beschäftigung, Stabilität des Preisniveaus und außenwirtschaftliches Gleichgewicht (Tab.1).

Ein Vergleich der Daten einzelner Jahre zeigt, daß man schon lange nicht mehr von einem ausgeglichenem Vieleck sprechen kann. Hinter den extrem hohen Exportüberschüssen, der hohen Arbeitslosigkeit und dem zurückgehenden Wirtschaftswachstum steckt eine äußerst ungesunde Wirtschaftsstruktur, die den Wohlstand und dessen Sicherung auf Kosten anderer garantiert.

Trotz der hohen Leistungsbilanzgewinne (Tab.1), kam es nicht zu einer Belebung des Arbeitsmarktes. Durch die anhaltenden Rationalisierungsmaßnahmen wurden vielmehr noch Arbeitsplätze zerstört. Stattdessen wanderten die Milliarden verstärkt auf die Finanzmärkte. Die Anlage in Aktien, Bonds und sonstigen Zertifikaten bot in den vergangenen Jahren attraktive Möglichkeiten. Der anhaltende Kapitalstrom auf die Finanzmärkte wirkte zusätzlich preistreibend (Tab.2).

Weltweit wurden Unternehmen gekauft und verkauft, der Poker um die Anteile trieb die Preise und Werte ins Uferlose. Die Nachfrage nach neuen Aktien nahm geradezu "run-artige" Züge an. Daß

Tab.1

Eckdaten der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Zeit	Brutto-sozial-produkt 1)	Erwerbstätige 2)		Arbeitslosen- quote 3) in %	Verbraucher- preise 4) jährliche Verände- rung in %	Saldo der Leistungs- bilanz in Mrd DM
	jährliche Veränderung					
	in %		in 1000			
1970/1973 5)	+ 4,2	+ 0,5	+ 140	0,8	+ 5,3	+ 5,3
1974/1979 5)	+ 2,3	- 0,5	- 150	3,5	+ 4,6	+ 10,5
1980/1986 5)	+ 1,4	- 0,1	- 40	6,8	+ 3,5	+ 17,9
1975	- 1,4	- 2,8	- 760	4,0	+ 5,9	+ 10,0
1976	+ 5,6	- 0,8	- 220	4,0	+ 4,4	+ 9,9
1977	+ 2,7	- 0,2	- 40	3,9	+ 3,6	+ 9,5
1978	+ 3,3	+ 0,6	+ 150	3,8	+ 2,7	+ 18,0
1979	+ 4,0	+ 1,4	+ 350	3,3	+ 4,2	- 11,0
1980	+ 1,5	+ 1,1	+ 280	3,3	+ 5,4	- 28,5
1981	+ 0,0	- 0,7	- 180	4,8	+ 6,3	- 11,7
1982	- 1,0	- 1,7	- 440	6,7	+ 5,3	+ 9,9
1983	+ 1,8	- 1,5	- 380	8,1	+ 3,3	+ 10,6
1984 p)	+ 3,0	+ 0,1	+ 30	8,1	+ 2,4	+ 23,9
1985 p)	+ 2,5	+ 0,7	+ 180	8,2	+ 2,2	+ 44,6
1986 p)	+ 2,4	+ 1,0	+ 250	7,9	- 0,2	+ 76,5

1 In Preisen von 1980. — 2 Inländerkonzept, Jahresdurchschnitt, absolute Zahlen gerundet. — 3 Arbeitslose in % aller Erwerbspersonen. — 4 Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. — 5 Durchschnitt. — p Spalten 1 bis 3 vorläufig. BBk

bei VW 480 Millionen DM Spekulationsverluste lange nicht bemerkt wurden, zeigt in welchen Dimensionen sich dieser Markt bewegte. Mit den Renditen, die der Weltfinanzmarkt anzubieten hatte, konnten die unsicheren Renditeerwartungen, bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht konkurrieren. Siemens der größte Arbeitgeber Berlins baut seit Monaten die Arbeitsplätze in dieser Stadt ab und lagert seinen Hochtechnologiebereich aus. Wegen seiner 18 Mrd. nicht investierten Kapitals wird Siemens auch als Bank mit einem kleinen Elektroladen bezeichnet. Daß Siemens schließlich noch Millionensubventionen vom Wirtschafts- und Forschungsministerium für sein Megachipprojekt erhalten hat, zeigt die Absurdität der Kapitalverteilung.

Die mehr als 2 Mio. Arbeitslosen in der Bundesrepublik (Oktober 1987: Quote: 8,3% = 2 092 725 Arbeitslose, Quelle: SZ, 4.11.87) scheinen sowohl für die Politiker als auch für die Ökonomen zu einer zu vernachlässigenden Größe geworden zu sein.

Dieses Land mit den höchsten Devisenreserven (Tab.3) und der höchsten Exportüberschußquote (Tab.1) finanziert einerseits das

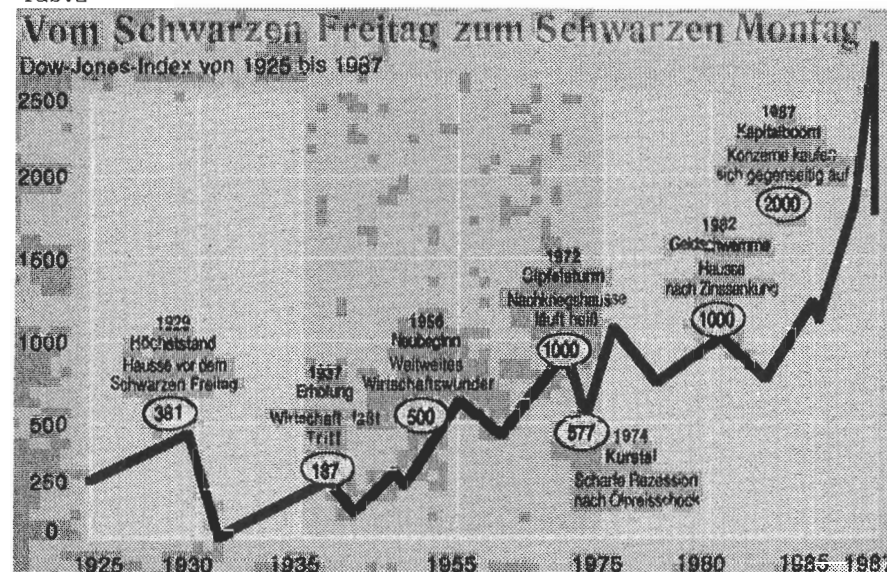
US-Budgetdefizit, kauft andererseits Milliarden wertlos werdender Dollar auf und spekuliert kräftig auf den Finanzmärkten mit. Die Bundesbank hat in den vergangenen Jahren den Dollar mit 1,72 bewertet. Mit jedem Pfennig den der Dollar an Wert verliert, entstehen der Bundesbank (BBk) Verluste in Höhe von 600 Mio. DM, da die BBk 60 Mrd. \$ Staatspapiere gekauft hat. So werden wohl im kommenden Haushalt dem Finanzminister die eingeplanten 6 Mrd. DM Zentralbankgewinn fehlen. Nicht nur die Banken auch die grossen und kleinen Unternehmen haben mit den Gewinnen, die sie laut offiziellen Erklärungen nicht gemacht haben, kräftig spekuliert und sich verspekuliert.

Durch den Druck innerhalb des EWS (Europäisches Währungssystem) wird eine DM-Aufwertung nicht mehr aufschiebbar sein. Damit gehen ebenfalls Milliarden verloren, die besser vorher in die Wirtschaftsbelebung gesteckt worden wären.

Das Bemühen um die Sicherung des Wohlstandes für Wenige verstellt den Blick für die Notwendigkeiten der Zukunft. Die Regierung steckt im Subventions-, Steuer- und Skandalschlingel und ist mit der Machterhaltung ausgelastet. Weit und breit ist keine, die globale Wirtschaftskrise überwindende Wirtschaftspolitik in Sicht. Die Grünen werden zwischen Bürgerinitiativenmentalität und realitätsfremden Fundamentalismusillusionen aufgerieben. Durch ihre starke Übergewichtung nationaler Einzelinteressen vernachlässigen sie die globalen Entwicklungen.



Tab.2



Die SPD, die 1969 mit ihrer Reformpolitik frischen Wind in die Nation brachte, steckt noch immer in der Übergangskrise. Zu sehr drücken sie noch die Altlasten. Es fehlt auch ihr ein durchschlagendes Wirtschaftskonzept.

Finanzmärkte und weltweites Devisenkasino

Daß 10 Mrd. \$ an einem Tag von einer einzigen Brokerfirma im Devisenhandel umgesetzt werden, ist keine Seltenheit. Täglich 24 Std. kreisen die Devisen um den Globus. Die Tatsache, daß der Börsensturz mittlerweile fast 2000 Mrd. \$ an Verlusten verursacht hat, läßt die Dimensionen des globalen Finanzmarktes, der aus einem weltumspannenden Aktien-, Kapital- und kurzfristigem Geldmarkt besteht, nur erahnen. Hohe Verluste haben dabei sowohl die ÖL-staaten, die ihre Milliarden bei weitem nicht alle investieren konnten, als auch die Anleger des Fluchtkapitals erlitten. Der einzige Lichtblick hierbei ist, daß sinkende Renditeerwartungen auf den Finanzanlagemärkten die Attraktivität von Investitionen in der Realwirtschaft wieder merklich verbessern. Verglichen mit den Kursverlusten nimmt sich die Verschuldung der 3. Welt gering aus (Tab.5). Nachdem die Welt den Börsenkrach ohne Zusammenbruch überstanden hat, würde sie auch die Streichung der Auslandsschulden überstehen. Statt Tilgung und Zinsen zahlen zu müssen, könnten die betroffenen Länder ihr Kapital für die Sanierung und Stabilisierung ihrer Wirtschaft hernehmen. Die wirtschaft-

Tab. 3

Die regionale Verteilung der Weltwährungsreserven*)

Mrd US-Dollar

Land/Ländergruppe 1)	Bestand am Jahresende		Veränderung	
	1984	1986 p)	1985	1986 p)
A. Industrieländer				
Vereinigte Staaten von Amerika	34,9	48,6	+ 8,3	+ 5,4
Japan	27,5	43,3	+ 0,3	+ 15,5
Kanada	3,3	4,1	+ 0,0	+ 0,7
Bundesrepublik Deutschland	44,2	55,8	+ 4,2	+ 7,4
Frankreich	24,4	34,9	+ 5,6	+ 4,9
Großbritannien	10,2	19,2	+ 3,4	+ 5,6
Italien	23,6	22,8	- 5,3	+ 4,5
Übrige Industrieländer	85,1	111,4	+ 13,0	+ 13,2
Insgesamt	253,3	340,0	+ 29,6	+ 57,1
B. Entwicklungsländer				
1. Nach Regionen				
Afrika	7,1	9,1	+ 2,5	- 0,4
Europa	9,8	12,8	+ 1,1	+ 1,9
Lateinamerika	41,0	31,9	+ 0,6	- 9,8
Naher Osten	58,8	58,7	+ 5,7	- 5,9
Sonstiges Asien	67,8	93,0	+ 6,8	+ 18,4
2. Nach Hauptexportgütern				
Ölexportierende Länder	80,2	72,5	+ 5,2	- 12,9
Übrige Länder	104,4	133,0	+ 11,5	+ 17,1
darunter:				
Industriegüterexporteure	60,6	84,9	+ 6,5	+ 17,9
3. Nach der Bedeutung der Schuldendienstprobleme				
15 Hauptschuldnerländer	39,8	34,2	+ 1,0	- 6,6
Übrige Länder	144,6	171,3	+ 15,7	+ 10,9
Insgesamt	184,5	205,5	+ 16,7	+ 4,3
C. Alle Länder (A + B)	437,8	545,5	+ 46,4	+ 61,3
Nachrichtlich:				
Reserven insgesamt ohne durch Gold-einbringung geschaffene ECU-Guthaben 2)	413,8	515,2	+ 43,9	+ 57,6
darunter:				
Industrieländer insgesamt	229,3	309,7	+ 27,1	+ 53,4
Bundesrepublik Deutschland	37,5	47,4	+ 3,5	+ 6,4
Frankreich	18,7	27,7	+ 5,0	+ 4,0
Großbritannien	8,9	17,6	+ 3,3	+ 5,4
Italien	18,9	17,0	- 5,8	+ 3,8

* Brutto-Währungsreserven aller IWF-Mitgliedsländer zuzüglich Schweiz und Taiwan. — 1 Zur Abgrenzung der Ländergruppen siehe Tabelle auf S. 63. — 2 Das den ECU-Guthaben zugrundeliegende Gold wurde wieder den übrigen Goldbeständen zugerechnet. — p Vorläufig.
 Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.
 Quellen: IWF und EFWZ.

BBk



liche Nachfrage, die dadurch ausgelöst würde, würde der Weltwirtschaft neuen Schwung geben.

Noch immer geben die provinziellen Denker sowohl in der Politik als auch auf den oberen Banketagen den Ton an. Jeder versucht seine Schafe ins Trockene zu bringen, ganzheitliches, verantwortungsvolles und vorausschauendes Denken ist noch selten.

Ein steigender Geldmarktzins in Washington zieht die Gelder der Welt in die USA und läßt den Wechselkurs des Dollar steigen. Als die USA Ende der 60iger Jahre immer tiefer in den Vietnamkrieg marschierten, wurde schließlich das ökonomische Ordnungssystem von Bretton Woods den politischen Interessen geopfert und die USA begannen zusehends die Negativlasten ihrer Politik auf andere Staaten abzuwälzen. Die Folgen der seit 1973 freien Wechselkurse sind offensichtlich und waren für die Weltwirtschaft bisher sehr tiefgreifend:

- nie zuvor war die Zahl der Arbeitslosen in der OECD so hoch,
- innerhalb der Industrieländer (IL) besteht bei den Leistungsbilanzen das bisher größte Ungleichgewicht,
- sie haben die realen Zinsen und die Attraktivität der Finanzanlagen auf ein Niveau getrieben, daß Unternehmen motiviert, Liquidität zu sammeln und Staatsanleihen aufzukaufen, statt arbeitsplatzschaffend und wachstumsfördernd zu investieren,
- sie haben ein Schuldenmachen in nie gekanntem Ausmaß erlaubt und gefördert:
- sie haben ein nicht mehr kontrollierbares Geldmengenwachstum ausgelöst,
- sie haben die exorbitanten Inflationsraten der 70iger mitverursacht,
- schließlich haben sie zur Liberalisierung, Globalisierung und Computerisierung der Finanzmärkte geführt.

Robert Triffin, Professor an der US-amerikanischen Universität in Yale zieht es vor, statt von einem Weltwährungssystem von einem Weltwährungskandal zu sprechen. Einerseits wird von freien Wechselkursen geredet, andererseits aber greifen die Zentralbanken massiv in das Kursgeschehen ein. Allein in den letzten Tagen wurden mehr als 10 Mrd. \$ von den Zentralbanken zur Stützung des Dollarkurses aufgekauft.

Von den Täglich auf den Devisenmärkten gehandelten 200 - 250 Mrd. \$ betreffen nur noch 5-10% den Austausch von Waren. Der Rest sind Kapitalbewegungen und Spekulationen. Die Finanzmärkte sind zu einem weltweiten Devisenkassino geworden.

Um die Budget- und Handelsdefizite (Tab.4) finanzieren zu können haben die USA Jahrelang die Kapitalmärkte angezapft. So flossen Ersparnisse, Unmengen von Fluchtkapital aus der 3. Welt und ein noch größerer Anteil an Liquidität aus Japan in die USA (Tab.6).

Tab.4

Leistungsbilanzsalden ausgewählter Länder und Ländergruppen							
Mrd US-Dollar							
Land/Ländergruppe	1981	1982	1983	1984	1985	1986 p)	Veränderung 1986 gegenüber 1985 p)
A. Industrieländer 1)							
Vereinigte Staaten von Amerika	+ 6,3	- 9,1	- 46,6	- 106,5	- 117,7	- 140,6	- 22,9
Sechs weitere wichtige Länder	- 6,3	+ 2,6	+ 28,4	+ 42,2	+ 61,8	+ 123,0	+ 61,2
Japan	+ 4,8	+ 6,9	+ 20,8	+ 35,0	+ 48,2	+ 86,0	+ 37,8
Kanada	- 5,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,6	- 0,4	- 6,3	- 5,9
Bundesrepublik Deutschland	- 5,1	+ 4,0	+ 4,3	+ 6,7	+ 13,8	+ 36,3	+ 22,5
Frankreich	- 4,8	- 12,1	- 4,7	- 0,8	- 0,2	+ 3,5	+ 3,7
Großbritannien	+ 12,5	+ 6,9	+ 4,8	+ 1,6	+ 4,6	- 1,6	- 6,2
Italien	- 8,2	- 5,5	+ 0,8	- 2,9	- 4,2	+ 5,1	+ 9,3
Übrige Industrieländer	- 20,0	- 15,5	- 3,7	+ 2,5	+ 2,1	+ 10,1	+ 8,0
Insgesamt	- 20,0	- 22,1	- 22,0	- 61,8	- 53,9	- 7,5	+ 46,4
B. Entwicklungsländer							
1. Nach Regionen							
Afrika	- 22,6	- 21,7	- 12,5	- 7,4	- 0,3	- 6,8	- 6,5
Europa	- 14,2	- 8,6	- 5,7	- 3,6	- 3,2	- 1,9	+ 1,3
Lateinamerika	- 42,7	- 42,4	- 10,9	- 2,6	- 4,8	- 15,1	- 10,3
Naher Osten 2)	+ 49,9	+ 2,9	- 19,3	- 16,4	- 2,6	- 24,9	- 22,3
Sonstiges Asien	- 19,2	- 17,5	- 15,4	- 4,2	- 12,9	+ 1,4	+ 14,3
2. Nach Hauptexportgütern 3)							
Ölexportierende Länder 4)	+ 34,8	- 18,2	- 18,7	- 5,4	+ 2,6	- 35,8	- 38,4
Übrige Länder	- 83,5	- 69,1	- 45,1	- 28,9	- 26,5	- 11,5	+ 15,0
darunter:							
Industriegüterexporteure 5)	- 15,1	- 4,0	+ 1,3	+ 6,2	- 2,8	+ 10,3	+ 13,1
3. Nach der Bedeutung der Schuldendienstprobleme							
15 Hauptschuldnerländer 6)	- 50,3	- 50,6	- 15,2	- 0,6	- 0,1	- 11,8	- 11,7
Übrige Länder	+ 1,6	- 36,7	- 48,6	- 33,6	- 23,7	- 35,5	- 11,8
Insgesamt	- 48,7	- 87,3	- 63,8	- 34,2	- 23,8	- 47,3	- 23,5
C. Übrige Länder 7)							
	- 3,0	+ 2,8	+ 3,1	+ 4,4	+ 3,2	+ 0,7	- 2,5
D. Statistische Diskrepanz (A + B + C)							
Nachrichtlich:	- 71,7	- 106,6	- 82,7	- 91,6	- 74,5	- 54,2	+ 20,3
Statistische Diskrepanz nach Teilbereichen							
Warenhandel	+ 17,2	- 2,7	+ 2,3	+ 9,8	+ 8,1	+ 9,4	+ 1,3
Dienstleistungen	- 76,6	- 88,8	- 74,0	- 90,7	- 71,4	- 48,9	+ 22,5
Übertragungen	- 12,4	- 15,0	- 11,0	- 10,7	- 11,2	- 14,7	- 3,5

1 OECD-Länder ohne Griechenland, Portugal und Türkei. — 2 Ägypten, Bahrain, Irak, Iran, Israel, Jemen, Volksrepublik Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Oman, Saudi-Arabien, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate. — 3 Auf Basis der Ausfuhren des Jahres 1980 sind die Länder denjenigen Warengruppen zugeordnet worden, auf die mindestens die Hälfte ihrer Exporte entfallen. — 4 OPEC-Länder, Bahrain, Kongo, Mexiko, Oman, Syrien, Trinidad und Tobago, Tunesien. — 5 China, Hongkong, Indien, Israel, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Singapur, Südkorea, Taiwan, Ungarn. — 6 Länder, auf die sich die „Baker-Initiative“ in erster Linie bezieht (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Côte d'Ivoire, Ecuador, Jugoslawien, Kolumbien, Marokko, Mexiko, Nigeria, Peru, Philippinen, Uruguay, Venezuela). — 7 Osteuropäische Nichtmitglieder des IWF. — p Vorläufig.

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: IWF, OECD und nationale Statistiken.

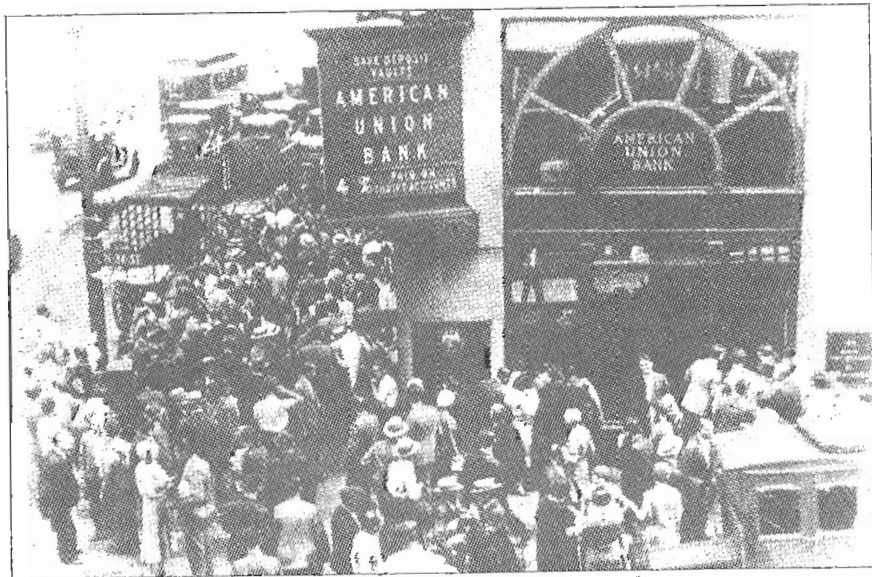
BBK

Die spärwütigen Asiaten konsumieren und investieren nur einen Teil ihrer Exportüberschüsse.

Die starke US-Kapitalnachfrage hat bei entsprechend hohen Zinsen arbeitsplatzschaffende und gewinnversprechende Investitionen sowohl in den EL als auch in den IL uninteressant werden lassen. Reaganomics und die Angebotspolitik haben riesige Defizite geschaffen, die Militärausgaben hochgetrieben und eine Deregulierung der Märkte eingeleitet, die heute mehr Probleme verursachen als lösen. Die konservative Revolution ist entzaubert. Sie hat nicht den neuen Schwung gebracht. Zweifellos wurde dadurch in den USA in den vergangenen Jahren ein Strohfeuer im Dienstleistungsbereich ausgelöst, das 7 Mio. neue Arbeitsplätze hervorbrachte.

Die jüngsten Arbeitsmarktdaten zeigen aber, daß inzwischen die Arbeitslosenzahlen wieder steigen. Gemessen an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist die amerikanische Industrie aber keineswegs gesundet. Zur Erhöhung ihrer Konkurrenzfähigkeit läßt die US-Regierung weiter den Dollarkurs fallen und übt dadurch Druck auf andere Länder aus, damit diese die Zinsen niedrig halten und weiter überschüssige Dollar aufkaufen.

Eine mögliche Unterbrechung der Geldströme in die USA würde dort die Rezession begünstigen. Eine Entwicklung, die die Regierungspartei ein Jahr vor den Neuwahlen nicht zulassen wird, wenn sie ihre Chancen für eine Wiederwahl wahren will. Bereitwillig nimmt man dafür weltweit eine anhaltende Rezession in der 3. Welt und eine steigende Inflation in den IL in Kauf. Allein in den letzten Monaten haben die Zentralbanken der IL mehr als 70 Mrd. \$ wertlos gewordener Dollar aufgekauft.



die Rezession begünstigen. Eine Entwicklung, die die Regierung ein Jahr vor den Neuwahlen nicht zulassen wird, wenn sie ihre Chancen wahren will, wieder die Regierung zu stellen. Bereitwillig nimmt man dafür eine steigende Inflation als das kleinere Übel in Kauf. Die Geschäfte auf den Finanzmärkten werden weitergehen, denn Arbitragegewinne gibt es immer zu machen.

Rien ne vas plus

Wie bereits im Falle der BRD aufgezeigt, hat die Geldschwemme weltweit zu einem Unternehmenskauf- und Verkaufsboom geführt (Tab.2). Die Käufer haben die Preise gegenseitig hochgetrieben und jetzt ihr Debakel erlebt.

Die Kapitalströme und Finanzmärkte der nördlichen Hemisphäre absorbieren das Kapital und lassen die Nachfrage weiter wachsen. Eingeschüchtert durch die Verschuldung der 3. Welt, verunsichert durch die fallenden Rohstoffpreise, behindert durch die protektionistische Politik der Industrieländer und angezogen von den Finanzmarktgewinnen, strömt das Geld immer nur auf die Finanzmärkte der IL (Tab.5 und 4).

Obwohl sich die Weltbank, der IWF und die höchstverschuldeten Banken bemühen, neue Kapitalströme in den Süden zu lenken, erhöhen sich dadurch lediglich die Verschuldung der Länder der 3. Welt (Tab.5). Trotz Umschuldungsabkommen und vielen Konferenzen läuft auf den Finanzmärkten des Südens schon lange nichts mehr, abgesehen vom steten Kapitalabfluß nach Norden.

Auch in Bezug auf den Handel kam es nicht zu der erwarteten und dringend erforderlichen Öffnung der Märkte. Dadurch hätten neue Investitionsanreize geschaffen werden können. Die Terms of Trade veränderten sich weiter zuungunsten der 3. Welt.

Die einzige Lokomotive, die die Weltwirtschaft noch in Schwung hielt, waren das Budget- und Handelsdefizit der USA, die Verschuldung der 3. Welt und das bißchen Inlandsbelebung in den IL. In Japan und in der Bundesrepublik kam es zu einem riesigen Exportüberschuß (Tab.1), der das Ungleichgewicht auf den Märkten nur noch verschärfte und auf den Finanzmärkten belebend wirkte. Statt die Überschußmilliarden wachstums- und wirtschaftsbelebend einzusetzen, wurden sie zur Stabilisierung des Dollars und zum Ausbau der Zentralbankreserven hergenommen (Tab.3).

Eine rechtzeitig vorgenommene Wirtschaftsbelebung durch die Bundesrepublik und Japan, ein völliges Streichen der Schulden und eine Öffnung der Märkte hätten sich weltweit nachfragewirksam ausgewirkt. Stattdessen aber werden weiterhin Unsummen von Kapital zur Stabilisierung des Dollars ausgegeben. Für die Bekämpfung der Rezession in der 3. Welt waren die IL nicht bereit, einen Preis zu zahlen, der keineswegs höher gewesen wäre als die derzeitigen Kursverluste. Nur um die Rezession in den USA zu verhindern wird jeder Preis bezahlt.

Mittelalterliche Denkansätze beherrschen die Welt im Zeitalter

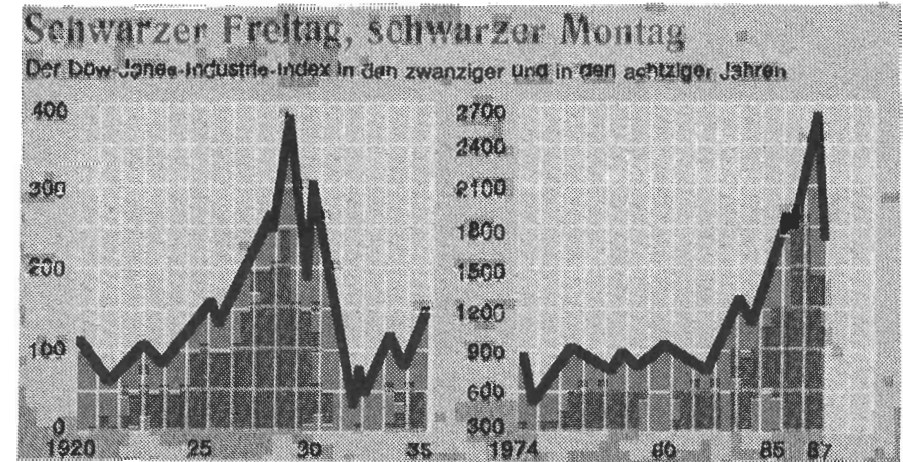
Tab. 5

Die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer*)							
Mrd US-Dollar							
Position/Ländergruppe 1)	1981	1982	1983	1984	1985	1986 p)	Veränderung 1986 gegenüber 1985 p)
A. Langfristig	568	646	711	754	830	917	+ 87
Öffentliche Gläubiger	221	248	274	298	340	400	+ 60
Kreditinstitute	195	228	272	293	335	359	+ 24
Sonstige Gläubiger 2)	152	170	165	163	155	158	+ 3
B. Kurzfristig	178	204	189	193	179	180	+ 1
C. Insgesamt (A + B)	746	850	900	947	1 009	1 097	+ 88
1. Nach Regionen							
Afrika	107	122	131	133	140	157	+ 17
Europa	102	107	107	112	127	138	+ 11
Lateinamerika	288	334	345	362	368	383	+ 15
Naher Osten	91	103	113	123	130	145	+ 14
Sonstiges Asien	158	184	204	217	244	275	+ 31
2. Nach Hauptexportgütern							
Ölexportierende Länder	217	250	260	267	277	296	+ 19
Übrige Länder	529	600	640	680	732	801	+ 69
darunter:							
Industriegüterexporteure	154	165	174	179	200	219	+ 20
3. Nach der Bedeutung der Schuldendienstprobleme							
15 Hauptschuldnerländer	331	383	396	411	417	437	+ 20
Übrige Länder	415	467	504	536	592	660	+ 68
Nachrichtlich:							
Schuldendienstzahlungen	127	138	127	142	141	147	+ 6
Zinsen	72	81	76	84	79	74	- 5
Tilgung langfristiger Kredite	55	57	51	59	62	73	+ 11
Schuldendienst in % der Einnahmen aus dem Export von Waren und Dienstleistungen							
Insgesamt	16,1	19,5	18,9	20,1	20,6	22,4	3) + 1,8
15 Hauptschuldnerländer	39,0	49,4	42,3	41,3	39,2	44,4	3) + 5,2

* Ohne Verschuldung gegenüber dem IWF. -- 1 Zur Abgrenzung der Ländergruppen siehe Tabelle auf S. 63. -- 2 Einschließlich derjenigen Verbindlichkeiten öffentlicher und privater Stellen, die vom jeweiligen Schuldnerland nicht garantiert werden. -- 3 In Prozentpunkten. -- p Vorläufig.
Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.
Quelle: IWF.

der globalen Kommunikation und Computerisierung. Mit den alten und traditionellen Rezepten ist die Weltwirtschaft nicht wieder in Schwung zu kriegen. "Nichts geht mehr."

Selbst wenn die Wahrscheinlichkeit anhält, daß wir ähnlich wie 1929 in eine tiefe Rezession schlittern, ein Vergleich des Kurvenverlaufs und die Unfähigkeit der Politiker und Ökonomen ver-



stärkt diesen Trend, soll hier keineswegs dem Determinismus das Wort geredet werden.

Ohne eine entscheidende Änderung der Weltwirtschaftsstrukturen aber sieht es düster für die weitere Entwicklung aus.

Neuordnung ist möglich

Natürlich läßt sich heute keine Weltwirtschaft ohne Geld mehr organisieren, das mußte selbst Che Guevara einsehen, als er nach der Revolution in Kuba das Geld abschaffen wollte. Aber so wie es derzeit läuft, läßt sich die Weltwirtschaft auch nicht organisieren. Die Finanzmärkte machen gegenwärtig eine gesunde, globale wirtschaftliche und tragende Entwicklung unmöglich. Was die Weltwirtschaft braucht ist eine völlige Streichung der Schulden und eine Restrukturierung, damit das Geld wieder der wirtschaftlichen Entwicklung dienen kann und nicht umgekehrt. Die Banken müssen wieder stärker in die wirtschaftliche Pflicht genommen werden. Ihre Funktion kann sich nicht allein auf die eines Kapitalakkumulationssilos beschränken. Statt einzelstaatlicher Interessen sollen stärker die mittel- und langfristigen globalen Notwendigkeiten in den Mittelpunkt gerückt werden.

Das Kapital und die menschlichen Kapazitäten müssen wieder dem Wohl der Menschen dienen. Dazu gehören die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Bekämpfung von Armut und Hunger, die Erhaltung der biologischen und ökologischen Substanz der Erde, die Linderung von Katastrophen, der Schutz des kulturellen Erbes, Bildung für alle etc..

Um die Exzesse und Ungleichgewichte abzubauen ist ein gigantischer struktureller Wandel der Weltwirtschaft erforderlich, der die nächsten 5-10 Jahre in Anspruch nehmen wird.

Kurzfristig müssen sämtliche Schulden gestrichen und eine Art



Marshallplan entwickelt werden. Zum Abbau der Exportüberschüsse sollen Kontroll-, Brems- und Sanktionsmechanismen entwickelt werden. Mittelfristig muß ein System des "managed floating" innerhalb und zwischen verschiedenen Währungszonen aufgebaut werden. Auf diese Weise soll allmählich das Leitwährungsabhängige System des "leadership" durch ein partnerschaftliches, demokratisch organisiertes System abgelöst werden.

In einer demokratisch aufgebauten Dachorganisation sollen, ähnlich wie bei einer Zentralbank, Entwicklungen überwacht, abgestimmt und ausgeglichen werden.

Da der Abschwung den Abschwung nährt, wird die derzeitige Talfahrt noch etwas anhalten. Die Folgen dieser Interimsphase, die so schnell wie möglich beendet werden muß, werden alle in einer verstärkten Inflation zu spüren bekommen



**Schulden sind wie die Seelen
nichtbeerdigter Toter; sie verfolgen
einen, bis man den Leichnam
bestattet hat oder selbst ins
Grab gesunken ist**

(Chinesisches Sprichwort)

CHILE

Über die Wirtschaftslage

Für 1987 muß, nach viel optimistischeren Prognosen, von einer Inflationsrate von weit über 20% ausgegangen werden. Überproportional stiegen die Preise für die Grundnahrungsmittel (ca. 30%). Gleichzeitig ist die Wirtschaft "im Aufschwung", die Zahlungsbilanz verbessert sich, die Lage ist in Wirtschaftskreisen gut. Es ergibt sich ein immer weiteres Auseinanderklaffen zwischen dem, was die "Wirtschaft" betrifft und den Schwierigkeiten, im Alltag zu überleben.

Ursprünglich hatte es geheßen, die Preise für Obst und Gemüse seien nur wegen der Unwetter gestiegen, mit Frühjahrsbeginn steigen sie aber weiter. Eine Zwiebel kostet nun 90 pesos, die Fahrpreise stiegen um 20 %, in den letzten 30 Tagen wurde der Brotpreis zweimal angehoben – das Kilo kostet jetzt 110 pesos – während der "Überschuss" an Weizen ca. 2 Millionen Tonnen (=50 % der Ernte) beträgt und exportiert wird. Nach einem weiteren Vorschlag soll der Weizen mit Fischmehl gemischt und ans Vieh verfüttert werden. Innerhalb Chiles ist der Weizen doppelt so teuer wie auf dem Weltmarkt. Die Weizenproduktion wurde u.a. auf Betreiben des Luftwaffengenerals Matthei, der aus dem Süden Chiles stammt, massiv gefördert.

Die Reallöhne sinken, Geld ist knapp, die Kaufkraft nimmt ab. Deshalb fordern die Gewerkschaften einen Mindestlohn von 20'000 pesos (= ca. 200 DM, manche Gewerkschaften fordern auch nur 16'000 pesos). Das offizielle Überlebensminimum liegt z.Zt. bei ca. 27'000 pesos! Eine weitere Forderung sind Lohnsteigerungen um 22%, weil der Inflationsausgleich im September völlig ungenügend war. Dies waren Hauptforderungen des Streiks vom 7. 10. und kleinerer Streiks im September.

Im folgenden die Übersetzung eines Kommentars aus der chilenischen Wochenzeitschrift *Análisis* No. 197:

Über den Weizen

Der Konsum von Weizen und aus ihm hergestellter Produkte ist ein Grundelement der Ernährung der ärmsten Bevölkerungsschichten: Brot, Nudeln und andere Teigwaren sind ein unersetzlicher (und manchmal der einzige) Bestandteil der Nahrung der *pobladores*. Die Politik der Stützung des Weizenpreises verursachte eine bedeutende Erweiterung des Anbaus. So steht dem Land bei der Ernte 1987/88 ein angenommener Überschuss von 2 Millionen Tonnen bevor. Der Landwirtschaftsminister beklagt sich, denn das bedeute eine "Komplikation". Eine Komplikation? Nach den Studien seiner Ex-



perten ist es wichtig, das Problem der Überproduktion zu lösen wegen der hohen Kosten der Aufbewahrung in Silos. Wie löst nun das Wirtschaftsministerium dieses Problem? Mit dem großen patriotischen Sinn unserer Regierenden organisieren sie eine Versteigerung, um eine Million Tonnen Weizen zu exportieren, an der 36 Interessenten, fast alles Ausländer, teilnehmen. Da aber der internationale Preis des Weizens nur etwa halb so hoch ist wie der im Inland, entsteht ein "kleines Defizit" (zwischen 20 und 40 Millionen Dollars), das von denen getragen wird, die den Überschuss kauften und aufbewahrten. Haben die Planer der Regierung diese Komplikation nicht vorausgesehen? Im freien Spiel von Angebot und Nachfrage bestimmt der Markt die Preise und bestraft die nicht tüchtigen Unternehmer, die schlechte Geschäfte machen. Warum muß dann ein staatliches Unternehmen für diese Untüchtigkeit aufkommen, den Weizen kaufen, aufbewahren und jetzt versteigern? Warum interveniert der Staat

und bezahlt mit dem Geld des Staates, wenn die Unternehmer verlieren?

Ist die von der Regierung verfolgte Lösung die einzige und die beste?

Chile hat große Mengen Weizen importieren müssen, um den ständigen Mangel auszugleichen. Dagegen bedeutet eine Million Tonnen Weizen, die im Land bleiben, den Verbrauch eines Monats. Ist es nicht möglich – wie der Bauernverband vorschlägt – , ihn dazubehalten als Übergangslösung zwischen zwei Ernten, wenn sich gewöhnlich ein Mangel zeigt? Wäre nicht die von den Brotproduzenten vorgeschlagene Lösung gerechter, die anregen, daß mit diesem Weizenüberschuss billigeres Mehl hergestellt werden sollte und die Bäcker so die Erhöhung des Brotpreises vermeiden könnten,



Brot und "Luxus"-Bäckerei: nicht dort muß mehr konsumiert werden.

oder sogar (warum nicht?) den Brotpreis senken.

Warum kauft der Staat den Weizen nicht zu demselben Preis, zu dem er versteigert wird, stellt Brot, Nudeln und andere Teigwaren her und gibt sie den Ärmsten, den Kinderspeisesälen, den Volksküchen, den von den Unwettern Geschädigten?

Der Weizenüberschuss ist auch das Resultat der Lohnpolitik der Regierung, die die Kaufkraft des Volkes gering hält. Mit dem Arbeitslohn können immer weniger Weizenprodukte gekauft werden. Der Überschuss gehört also eigentlich den Arbeitern und Arbeitslosen.

Deshalb erscheint es angemessen, vorzuschlagen,

–daß der Staat den Überschuss kauft und den Mühlen gibt, die sich verpflichten, den geringeren Preis im Mehl weiterzugeben.

–daß die Brotproduzenten bei geringerem Mehlpreis den Brotpreis senken

–daß sich eine gemischte Kommission aus Regierung, Produzenten und Konsumenten bildet, die das Abkommen überwacht,

–eine sofortige Erhöhung des Mindestlohns statt Sinkens des Reallohns.

Quellen: ANALISIS 193, 194, 197, 198

Protesttag am 7. Oktober 1987

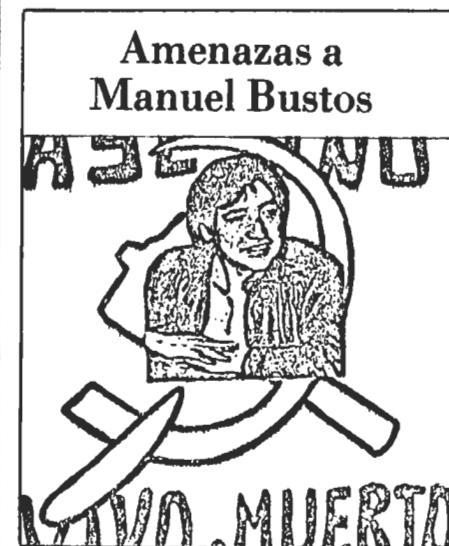
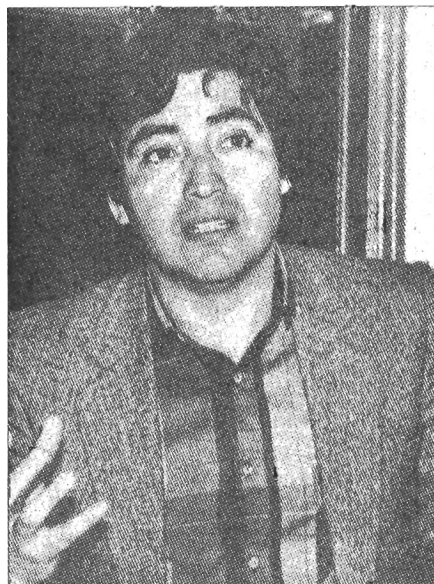
Nach offiziell bekanntgegebener Ansicht der Regierung war der Streik- und Protesttag ein 'glatter Mißerfolg'. Dennoch wurden zunächst 39 Haftbefehle gegen Gewerkschaftler und Politiker wegen 'Anstachelung zum Aufruhr' erlassen. Weshalb eigentlich, wo doch gar nichts los war am 7.10. ?

Inzwischen mußten einige der Haftbefehle zurückgenommen werden, sie bestehen jedoch weiter gegen Führer des Gewerkschaftsverbandes CNT und der Vereinigung der Linken IU.

Manuel Bustos angeklagt

Der Vorsitzende der Transportunternehmer droht, Manuel Bustos (CNT) für 42 verbrannte und 600 beschädigte Busse auf Schadensersatz zu verklagen. Das Regime hat ihn angeklagt, gemeinsam mit anderen zum öffentlichen Protest aufgerufen und gegen die innere Sicherheit verstoßen zu haben, durch den Streikaufruf am 19. 8. auf der öffentlichen Versammlung in der Avenida Perú.

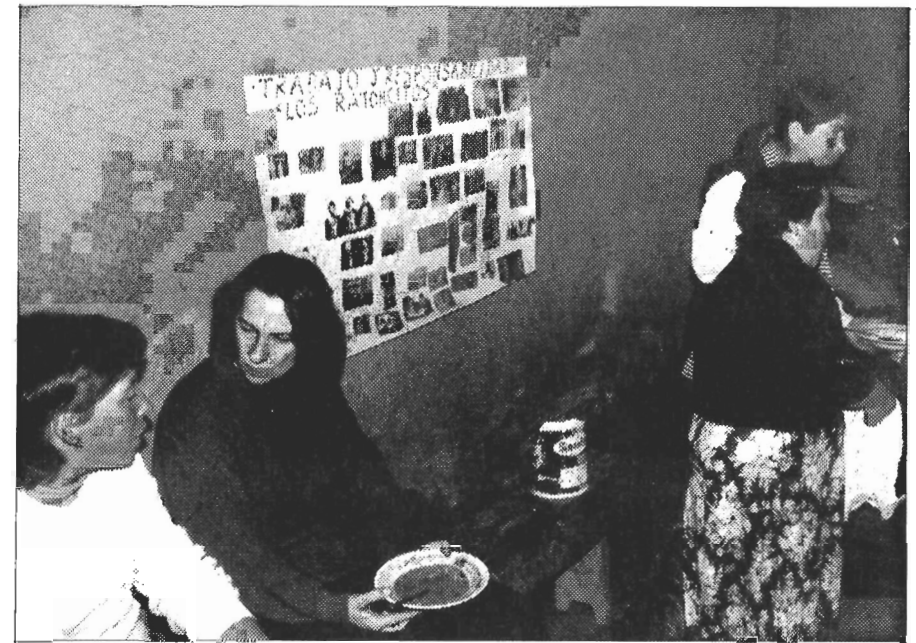
Darüberhinaus erhielt Manuel Bustos Todesdrohungen von der ACHA (Acción Chilena Anticomunista) und mußte Polizeischutz (!) beantragen, der ihm auch für dreißig Tage gewährt wurde.



Der Protesttag

Es war der bedeutendste Protesttag seit Juli 1987. In Santiago kam das öffentliche Leben ab Mittag weitgehend zum Erliegen, teilweise auch in anderen Städten. Im Zentrum der Hauptstadt fanden kurze Kundgebungen statt. Die Gewerkschaften erklärten, die Streikbewegung sei zufriedenstellend verlaufen, in 1700 Betrieben wurde die Arbeit ganz oder teilweise eingestellt. Nach Einschätzung der Organisationen der Randbesiedlungen war der Tag ein wichtiger Erfolg, was die Wiedergewinnung von politischem Terrain auf der Ebene der poblaciones angeht. Neben Straßensperren fanden Kulturprogramme für Kinder und Jugendliche statt, öffentliche Volksküchen auf der Straße, Wandmalaktionen usw.

Traurige Bilanz der Repression: 2 Tote, 20 Verletzte, ca. 500 Festgenommene. Vor dem 7.10. war wieder einmal die Diskrepanz zwischen den Oppositionsgruppen deutlich geworden, als sich die Christdemokraten gegen die Protestaktionen und Streiks, ihre Jugendorganisation, christdemokratische Studenten- und Lehrerverbände und natürlich die Linke dafür aussprachen. Der Slogan der einen lautete, man solle Pinochet seinen Kalender (für das Plebiszit) wegnehmen, die anderen setzten wieder einmal Protest mit Terror und Gewalt gleich und spielen so das Spiel des Regimes, das auf dem Verhandlungsweg keine Konzessionen zu machen bereit ist.



Fanny Pollarolo verhaftet

"Die Ärztin und Kämpferin für die Menschenrechte", wie 'mujeres por la vida' sie in einer Solidaritätserklärung nennen, Fanny Pollarolo wurde am 7.10. auf einer Kundgebung in einer Randsiedlung verhaftet und des Aufrufs zur Subversion gegen die öffentliche Ordnung und der Revolte angeklagt. Ihre Lage wird dadurch schwieriger, daß sie schon in einem anderen Prozeß ähnlicher 'Vergehen' angeklagt ist.

Ebenfalls als Drahtzieher des Protesttages wurden 27 Angehörige politischer Gefangener verhaftet, die sich am 6.10. am Gitter des Parlamentsgebäudes angekettet hatten.

Quelle: Análisis 196, 197



Betr.: Pressefreiheit

oder:

Muß auch ein Tonband angeklagt werden, wenn darauf ein regimekritisches Interview aufgenommen worden ist?
(Frage von Mónica González' Rechtsanwalt)

Natürlich geht es um mehr als um ein Interview, das Mónica González von 'Análisis' mit dem Christdemokraten Andrés Zaldivar machte (Análisis 193), in dem sie nur Fragen stellte und er u.a. Pinochet Beschränktheit, Frechheit und Brutalität bescheinigte. Es geht, wie Mónica González selbst sagte, um die, die "das 'Wochenendhäuschen' Pinochets in Melocotón der Öffentlichkeit bekannt machte, die über den Mordkomplott gegen General Prat schrieb."

Nun ist sie also angeklagt, wegen dieses Interviews, des "Mordes am Bild Pinochets in der Öffentlichkeit", der üblen Nachrede und der Beleidigung des Regimes. Nach drei Wochen Haft kam sie vorläufig frei, doch es drohen ihr zwischen 541 Tagen und 5 Jahren Haft. Gegen Zaldivar, der seine Aussagen aus dem Interview öffentlich bekräftigt hat, ist bisher nichts geschehen. Einerseits ist er wohl zu bekannt, als daß man wagte, sich an ihm zu vergreifen, andererseits geht es ja nicht um ihn: Die Pressefreiheit soll angegriffen werden, Angst soll entstehen, die Schere im Kopf soll funktionieren. Und das klappt auch. Die Maßnahme reiht sich in eine Serie ein:

- Nach einem neuen Zusatz zu §8 der 'Verfassung' von 1980 ist auch die 'Verbreitung totalitärer Doktrinen' strafbar
- Vier Direktoren von Zeitschriften sind angeklagt, weil sie einen Text der kommunistischen Partei als Inserat abdruckten
- Pablo Cárdenas, Chefredakteur von Análisis sitzt weiter seine 541mal nächtliche Haft ab
- Die beiden Chefredakteure von Apsi wurden kürzlich auf Kautionsfreigabe freigelassen und warten auf ihren Prozeß. Ihr Verbrechen ist eine Humor-Seite in Apsi, in der das Bild Pinochets 'öffentlich besudelt' wurde.

Quelle: Análisis 196, 197

ARGENTINIEN

Die Gewerkschaften nach den Wahlen

Interview mit Francisco Gutiérrez, Vorsitzender der Metallgewerkschaft von Quilmes

Nach den Parlaments- und Provinzwahlen vom 6. September dieses Jahres stellt die peronistische Justizialistische Partei (PJ) die Mehrheit der Provinzregierungen, so daß neben drei von regionalen Parteien gewonnenen Provinzen lediglich drei in der Hand der regierenden Unión Cívica Radical (UCR) von Präsident Raúl Alfonsín verbleiben. Vor allem verloren die Radikalen die Provinz Buenos Aires, die bevölkerungsreichste und wirtschaftlich bedeutsamste des Landes; damit wird der neue peronistische Gouverneur Antonio Cafiero mit Sicherheit Präsidentschaftskandidat der PJ bei den Wahlen 1989 werden. Sein Wahlsieg stärkt den Flügel der "Erneuerer" innerhalb der Justizialistischen Partei, dessen Führungsfigur Cafiero ist. Ihm und seinen Anhängern geht es um ein modernes, demokratisches Parteiprofil, das den Charakter des Peronismus als Volksbewegung mit autoritären Merkmalen ablösen soll, zumal letzterer sich - unter der Last der Vergangenheit der siebenziger Jahre - in den Wahlen von 1983 als nicht mehrheitsfähig erwiesen hat. Die "Erneuerer" wollen eine eher horizontale Entscheidungsbildung in der Partei durchsetzen, während die Orthodoxen an der traditionellen Struktur des Von-Oben-nach-Unten (Vertikalismus) festhalten. Dementsprechend besteht der Konflikt zwischen denen, die die Parteipolitik weiterhin zu zentralisieren trachten, und denen, die lokalen Parteigruppierungen und Basisdelegierten größere Beteiligung ermöglichen wollen.

Analog zur Justizialistischen Partei verlaufen die Auseinandersetzungen in der zu achtzig Prozent von Peronisten bestimmten Gewerkschaftsbewegung. Derzeit spricht man von drei Gruppierungen, der "Gruppe der 15", der der "25" und der "62", deren Kräfteverhältnis auf dem Gewerkschaftskongreß Ende 1986 ausgeglichen war. Die "62" repräsentieren unter der Führung des rechtsperonistischen Generalsekretärs der Metallgewerkschaft UOM (Unión Obrera Metalúrgica), Lorenzo Miguel, die traditionelle und damit orthodoxe Gewerkschaftsbewegung. Sie unterstützen die ebenfalls rechts in der Partei einzuordnende "Gruppe der 15", die stark auf Zusammenarbeit mit Unternehmern und radikaler Regierung setzt; Carlos Alderete, Mitglied der "15" hatte bis Mitte September das Amt des Arbeitsministers inne. Die "Bewegung der gewerkschaftlichen und peronistischen Erneuerung" - die "Gruppe der 25" - formierte sich während der Diktatur als Opposition zur kolaborationistischen Haltung anderer Teile der Gewerkschaftsbewegung; sie steht heute

in einem offenen Konflikt mit den "62" und den "15". Ihr geht es um die Einbindung des Peronismus in demokratische Strukturen; ihre Hauptanliegen sind neben der Herstellung sozialer Gerechtigkeit die Partizipation der Basis und die Autonomie auf lokaler Gewerkschaftsebene.

Francisco Gutiérrez gewann 1984 die innergewerkschaftlichen Wahlen nach der Diktatur. Er hatte in den siebziger Jahren der linksperonistischen Jugend angehört und die Zeit der Militärdiktatur im Gefängnis verbracht. Sein Wahlsieg war eine der großen Überraschungen dieser Gewerkschaftswahlen, da er gegen die Gewerkschaftsbürokratie und deren Kandidaten antrat und trotz grosser Behinderungen der wichtigen Gewerkschaftsbezirk Quilmes gewann. Gutiérrez ist heute ein Vertreter der "Erneuerer" innerhalb der peronistischen Gewerkschaftsbewegung.

Quilmes ist eine Gemeinde mit 65.000 Einwohner im Industriegürtel des Großraums Buenos Aires (Provinz Buenos Aires), die stark von der Desindustrialisierung seit Beginn der 80er Jahre betroffen ist. Der Bezirk Quilmes der UOM vertritt etwa 10.000 der 267.000 organisierten Metallarbeiter Argentinien.

Das Interview mit Gutiérrez entstand anlässlich des Wahlsiegs der Peronisten bei den Wahlen vom September.

Der Peronismus und die Wahlen

FRAGE: Wie erklären Sie sich als basisorientierter "Erneuerer" innerhalb der Peronisten den hohen Wahlsieg Ihrer Partei?

GUTIERREZ: Es ist uns gelungen, das Bild des Peronismus zu verbessern und das der Radikalen zu verändern. Auf uns lag die Last der Vergangenheit, und bis 1983 verfügten wir über eine reaktionäre Parteiführung. Doch seit dann Cafiero die Partei verließ und sich um ihn herum die Bewegung der Renovadores (Erneuerer) bildete, befinden wir uns in einem Prozeß der internen Demokratisierung. Wir stehen in Opposition zur autoritären Rechten der Partei. Außerdem macht der Peronismus im Gegensatz zur regierenden UCR deutlich, daß er eine Bewegung der Basis darstellt und der Arbeiterklasse verpflichtet ist.

Alfonsín und seine Radikale Partei haben die Wahlen verloren wegen ihrer Fehler in der Wirtschafts- und vor allem auch in der Menschenrechtspolitik. Wir von der UOM Quilmes sind in der Osterwoche dem Aufruf von Alfonsín gefolgt und für die Demokratie auf die Straße gegangen. Aber der Präsident hat mit den Militärs verhandelt; mit dem Gesetz über den Befehlsnotstand handelte er gegen den Willen des Volkes, das die Schuldigen an den Verbrechen während der Militärdiktatur bestraft wissen will. Außerdem ist die Wirtschaftspolitik von (Wirtschaftsminister, d.Red.) Sourrouille verantwortlich für die derzeitige Krise, die die sozialen Konflikte verschärft. Und das destabilisiert die Demokratie. Wir Peronisten treten für eine Wirtschaftspolitik ein, die die Arbeiter stärker begünstigt. Nachdem die Radikalen nun die Mehrheit

im Abgeordnetenhaus eingeübt haben, werden wir uns von dort aus für eine andere Wirtschaftspolitik einsetzen. Wir wollen die Staatsaktivität erhöhen und dem Internationalen Währungsfonds gegenüber eine offensive Haltung einnehmen. Wenn Peru das kann, warum nicht auch Argentinien? Die Demokratie wollen wir um jeden Preis erhalten, aber wir wollen Veränderungen erreichen ohne Verhandlungen mit den Militärs.

FRAGE: Wie beurteilen Sie die Situation innerhalb der peronistischen Gewerkschaftsbewegung? Die Auseinandersetzungen zwischen Orthodoxen und "Erneuerern" besteht ja dort ebenso wie in der Justizialistischen Partei; Sie und der Gewerkschaftsbezirk Quilmes stehen dabei bekanntlich im Konflikt mit der nationalen Bürokratie der UOM und deren Vorsitzenden Lorenzo Miguel.

GUTIERREZ: Auch für die Gewerkschaftsbewegung geht es um Erneuerung, und bis jetzt bestehen noch Widersprüche, vor allem auf der Ebene der Gewerkschaftsbürokratie. Die Mitglieder der heutigen "Gruppe der 15" haben 1983 zum Wahlsieg Alfonsíns beigetragen, weil ihre Vertreter während der Diktatur eine Allianz mit den Militärs eingegangen sind und darum unter demokratischen Bedingungen nicht wählbar waren. Dieser reaktionäre Teil der Gewerkschaftsbewegung muß sich der nationalen Tendenz der demokratischen Erneuerung unterordnen. Dabei betrifft die Richtungsänderung sowohl die Ebene des Dachverbands CGT (Confederación Nacional del Trabajo) als auch die der Einzelgewerkschaften.

Was die UOM anbelangt, so handelt es sich in meinen Augen eher um Differenzen als um einen Konflikt. Die Unterschiede liegen darin, daß wir von der UOM Quilmes bereits 1985 Antonio Cafiero unterstützten, während Lorenzo Miguel für Herminio Iglesias, einen orthodoxen, rechten Peronisten eintrat. Darüberhinaus haben wir unterschiedliche Vorstellungen in Bezug auf das Gewerkschaftsstatut und damit die internen Entscheidungsstrukturen. Auf jeden Fall wahren wir die politische Unabhängigkeit von der Gewerkschaftsspitze und konzentrieren uns bis zu den kommenden internen Wahlen (bei denen Gutiérrez vermutlich gegen Miguel für das Amt des Generalsekretärs kandidieren wird, d. Red.) auf eine Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaftsbezirken, die uns nahestehen. Derzeit bin ich der jüngste Vorsitzende innerhalb der UOM und repräsentiere damit die neue Generation innerhalb der Organisation. Ich vertrete den Bezirk seit 1984, nachdem er dreißig Jahre lang immer der selben Führung unterstanden hatte. In den 70er Jahren scheiterte der Versuch, an die Gewerkschaftsspitze zu gelangen, daran, daß wir damals im linken Peronismus zu viele Illusionen und zu wenig Sinn für konkrete Realitäten besaßen. Die alte "Gruppe der 62" vertritt heute jedoch anachronistische Gedanken, die nicht die aktuelle Tendenz in der peronistischen Partei widerspiegeln.



Francisco Gutiérrez und Metaller aus Quilmes an einem Denkmal für Evita Perón

Soziale Auswirkungen der Wirtschaftskrise

FRAGE: Bevor wir auf die konkreten Projekte der UOM Quilmes zu sprechen kommen, noch einiges zur aktuellen Wirtschaftskrise. Die Wirkung des Plan Austral ist verpufft, die Inflationsrate wieder bei monatlich 10% angelangt. Die Reallöhne sinken bei steigender Arbeitslosigkeit. Wie wirkt sich diese negative Entwicklung auf den Lebensstandard der Metallarbeiter sowie den der unteren Bevölkerungsschichten aus?

GUTIERREZ: Zwischen 1976 und heute ist der Anteil der industriellen Produktion am Bruttoinlandsprodukt von 42% auf 28% gesunken. Dies spiegelt sich wider in der Mitgliederzahl der UOM, der bedeutendsten Industriegewerkschaft, die im selben Zeitraum von 430.000 auf 267.000 zurückgegangen ist. Es sind keine neuen Industriezweige entstanden, sondern der Dienstleistungssektor ist stark angeschwollen. Es gibt eine große - versteckte und offene - Unterbeschäftigung, was Ihr im Alltag z.B. an der großen Zahl der Zeitungsverkäufer oder den ambulanten Händlern in den öffentlichen Verkehrsmitteln seht.

Für die Metallarbeiter hat sich die ökonomische Situation ebenfalls stark verschlechtert, obwohl wir immer noch die besten Tarifabschlüsse erreichen. Nach dem neuen Tarifvertrag beträgt der Bruttogrundlohn 520 Australes, was lediglich zu 70% den Mindestbedarf einer Familie (970 Australes) deckt. Mit Überstunden und Zulagen kommt ein Metallarbeiter auf 800 bis 1.000 Australes, umgerechnet also ca. 150 US-Dollar. Wenn du in Deutschland einen Arbeiter so schlecht bezahlst, bringt er dich um. Bei Euch verdient ein Metallarbeiter, soviel ich weiß, etwa 1.300 Dollar.

Während die Reallöhne gesunken sind, konnten die einzelnen Arbeiter hingegen ihr Lohnniveau aufrechterhalten. Das war aber nur möglich, weil sie statt 12 jetzt 14 Stunden täglich arbeiten. Und dies können sie auch nur, weil andere entlassen wurden, denn die Anzahl der geleisteten Arbeitstage insgesamt hat abgenommen. Wir beobachten direkte Folgen der sinkenden Realeinkommen auf den allgemeinen Gesundheitszustand der Arbeiter; bei Arbeitslosen und Leuten aus den Villas (Elendsvierteln) zeigt sich diese Tendenz noch viel krasser. Die Ernährungssituation hat sich verschlechtert, und es läßt sich statistisch nachweisen, daß die Anzahl der Risikoschwangerschaften und -geburten zugenommen hat. Der Anteil der untergewichtigen Neugeborenen ist von 1% auf 3% gestiegen. Weitere Konsequenzen der Wirtschaftskrise sind Dauerarbeitslosigkeit und Folgeerscheinungen wie steigender Drogenkonsum, zunehmender Alkoholismus und verstärkte Prostitution. Außerdem leben mittlerweile 50.000 der 650.000 Einwohner von Quilmes in Elendsvierteln.

Gewerkschaftsarbeit in Quilmes

FRAGE: Der finanzielle Spielraum einer Bezirksgewerkschaft ist eng begrenzt. Einerseits ist über die Rückgabe der von der Militärdiktatur beschlagnahmten Mittel der obras sociales (Sozialwerke) an die Gewerkschaften noch nicht endgültig entschieden. Andererseits gehen die - wegen sinkender Beschäftigungszahl - rückläufigen Mitgliedsbeiträge zuerst an die nationale Gewerkschaftsverwaltung, von wo aus sie an die Bezirke rückverteilt werden. Angesichts ihres gespannten Verhältnisses zu Lorenzo Miguel fließen die Mittel nicht sehr reichlich. Auf welche Art von Projekten konzentriert sich unter diesen Bedingungen und angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage die Gewerkschaftsaktivität?

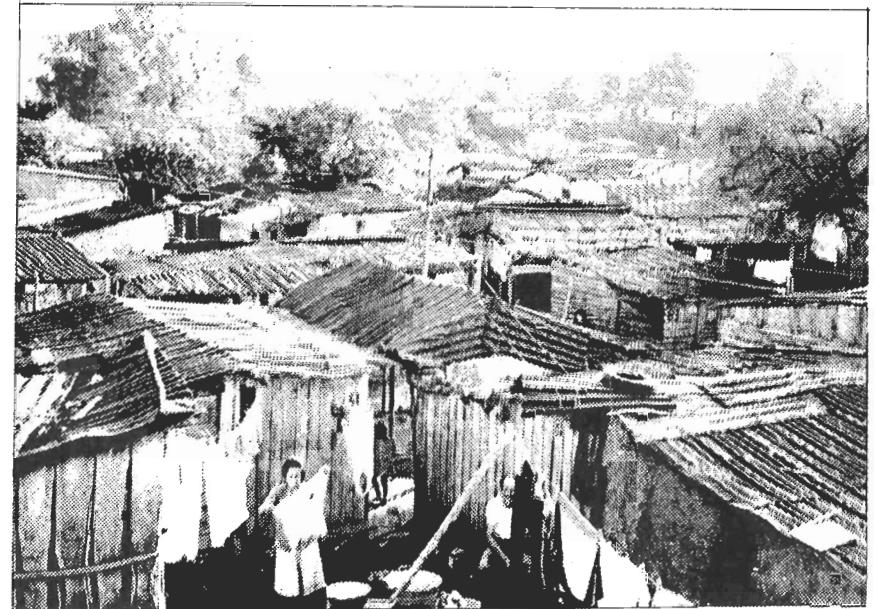
GUTIERREZ: In erster Linie werden heute um Vergleich zu früher geringere Mittel besser als zuvor genutzt. Ein deutlicher Schwerpunkt liegt im Gesundheitsbereich, da die staatliche medizinische Versorgung völlig unzureichend ist. Wir unterhalten eine Entbindungsklinik, die sich im Aufbau befindet, sowie mehrere auf den Bezirk verteilte, periphere Gesundheitszentren. Außerdem führen wir Vorsorgeuntersuchungen von Kindern in Primarschulen durch. Über eine Sozialkasse (Mutual) stellen wir unseren Mitgliedern Arzneimittel zur Hälfte des Preises zur Verfügung. Weiterhin vergeben wir Kredite für Kleidung sowie die Anschaffung von Baumaterial. (In Argentinien werden kleinere Einfamilienhäuser - die herrschende Wohnform - meist in Eigenarbeit errichtet. D. Red.) Im Sinne der internen Demokratisierung haben wir die Zahl der Gewerkschaftsdelegierten in den Fabriken von 40 auf 300 erhöht, zu unterschiedlichen Themen entstanden Arbeitskommissionen, und laufend finden Fortbildungsveranstaltungen für Gewerkschafter statt. In den vergangenen Tarifverhandlungen haben wir Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchgesetzt. Ein großer Erfolg ist die Aufnahme der Produktion in einer von Arbeitern der UOM Quilmes verwalteten Kooperative (1); die Einrichtung einer weiteren Kooperative steht in Aussicht. Nicht zuletzt organisierten wir mehrmonatige Streiks, für die wir die Unterstützung der CGT erhielten.

FRAGE: Sie bezeichnen sich als "volksnahe" (popular) Gewerkschaft, die den Bedürfnissen der Bevölkerung offen gegenübersteht. Geht demnach Ihre Arbeit über den Kreis der Gewerkschaftsmitglieder und ihrer Familienangehörigen hinaus? Wie stehen Sie z.B. zu den Landbesetzungen in Quilmes?

Wir unterstützen die Landbesetzungen. Es wohnen übrigens auch Metallarbeiter auf diesen Gebieten. Insbesondere die Gewerkschaftsjugend organisiert den Bau von Wasserleitungen oder die Einrichtung von Schulkantinen. Wir veranstalten Theater für Kinder oder übernehmen die bereits angesprochenen Vorsorgeuntersuchungen für Schüler. Allerdings betrachten wir die Elendsviertel als ein nationales Problem, das nicht die Hauptauf-

gabe für eine Gewerkschaft darstellen kann. Selbstverständlich unterstützen wir die Pläne der neuen peronistischen Provinzregierung, einen Schwerpunkt auf den Wohnungsbau zu legen. Zum Abschluß möchte ich noch einmal betonen, daß es dem Volk wirklich schlecht geht. Wenn wir keine Arbeitsplätze schaffen, keine Wachstumpolitik betreiben, die Auseinandersetzung über die Auslandsverschuldung nicht vorantreiben, sowie das Verhältnis zu den Streitkräften ungeklärt lassen, dann bleibt ein demokratisches Argentinien ein schöner Traum.

1) In der Kooperative "General Mosconi" in Florencio Varela werden von derzeit 65 Arbeitern Gasbehälter repariert. Der Betrieb ist ein charakteristisches Beispiel für die Desindustrialisierung - in den 70er Jahren beschäftigte die Fabrik einmal 600 Arbeiter und verfügte über ein vielfältiges Produktionsprogramm sowie ein höheres technisches Niveau als heute.



Slums in Buenos Aires

Leserbrief

Betr.: "Die Moral der Madres und die Realpolitik" von Osvaldo Bayer, LATEINAMERIKA NACHRICHTEN Nr.163, Oktober '87

Nachdem ich den Artikel von Herrn Bayer gelesen habe, möchte ich Ihnen hiermit einige Kommentare über den o.g. Artikel machen.

1) Damit Herr Bayer nicht fragen muß "Wer ist das?", möchte ich mich kurz vorstellen. Mein Name ist Roberto Frankenthal, ich bin argentinischer Staatsbürger. Obwohl ich nicht weiß, ob ich die moralische Autorität besitze, die Herr Bayer anscheinend verlangt von jedem, der sich zu diesem Thema äußert, möchte ich erklären, daß meine folgenden Bemerkungen sich auf meine Mitarbeit in einer argentinischen Menschenrechtsbewegung begründen. Zwischen 1983 und 1985 habe ich innerhalb des "Movimiento Judio por los Derechos Humanos" (Jüdische Bewegung für die Menschenrechte) gearbeitet und während dieser Zeit und auch vorher habe ich mit den "Madres" demonstriert auf den Straßen von Buenos Aires.

2) ... "Ständigen Versammlung für die Menschenrechte" - eine nichtssagende Organisation... "Asamblea Permanente por los Derechos Humanos (APDH). Diese "nichtssagende" Organisation wurde im Dezember 1985 gegründet, um gegen die faschistischen Ausschreitungen der "demokratischen" Regierung von Isabel Peron zu kämpfen. In dieser Organisation waren und sind heute noch sowohl linke, wie bürgerliche Parteien vertreten, neben Vertretern verschiedener Religionsgemeinschaften und Verwandte von "desaparecidos". Viele "desaparecidos", die lebend aus den Folterzellen der Diktatur rauskamen, verdanken ihre Rettung dem Engagement der APDH, z.B.: Alfredo Bravo oder Jacobo Timmermann. Als die "Madres de Plaza de Mayo" noch nicht organisiert waren, war die APDH schon seit Jahren im Kampf gegen den Faschismus und für die Menschenrechte in Argentinien.

3) Zur Problematik "Übernahme der Richter, Botschafter usw., die während der Diktatur tätig waren". Herr Bayer vergißt, daß die Diktatur nicht militärisch oder politisch besiegt wurde. In Argentinien gab es zwischen 1976-83 keine Volkserhebung, wie er es vielleicht gerne gehabt hätte. Die Streitkräfte und mit ihnen die Kräfte, die in dieser Zeit an der Macht waren, haben nicht eine Niederlage erlebt, sondern sie haben nur einen geordneten Rückzug in Gang gesetzt. Die Wahlen vom 30.10.83 fielen wie eine reife Frucht auf die Hände der Mehrheit der Argentinier, die sich überhaupt nicht gegen die Diktatur im Laufe von 7 Jahren geäußert haben. Hätte es damals eine Revolution gegeben (siehe Nicaragua), dann hätten sicherlich die Vertreter dieser Kräfte entfernt werden müssen. Aber es gab keine Revolution in Argentinien.

4) Herr Bayer versucht durch eine Klassenanalyse die "Dissidentinnen" innerhalb der "Madres" anzugreifen. Beispiele:

Hier die Madres, die ... "zu 90 % nur wenige Jahre in die Schule gingen"... , dort F. Epelbaum, die ... "auf die Universität ging".. Hier die Madres, die ... "mit 100 Mark Monatsrente leben"... , dort F. Epelbaum, die ... "reiche Dame aus der Industrie"...

a) Herr Bayer erwähnt überhaupt nicht, daß die Dissidentinnen (Madres de Plaza de Mayo - Linea Fundadora) den selben Leidensweg mitgemacht haben, wie die anderen "Madres".

b) Er verpönt die finanziellen und propagandistischen Quellen von F. Epelbaum in den USA und Israel, aber er erwähnt überhaupt nicht, daß die "Madres de Plaza de Mayo" ihren Kampf in all diesen Jahren nur durch die finanzielle und propagandistische Unterstützung aus dem Ausland führen konnten. Sicherlich wird Herr Bayer sagen, das sei Solidarität gewesen. Wie bezeichnet er die Unterstützung, die Renee Epelbaum erhält?

c) für Osvaldo Bayer sind die armen, ungebildeten Mütter die "wahren" "Madres de Plaza de Mayo". Die anderen, na ja, das sind klein-, mittel-, oder großbürgerliche Damen, die "Realpolitik" betreiben und die aus Klassengründen überhaupt nicht die "richtige" Politik vertreten können.

5) Zur Person Hebe de Bonafini

Hebe de Bonafini ist sicherlich eine herausragende Figur und eine moralische Instanz in der jüngsten argentinischen Geschichte. Nur eines darf man nicht vergessen. Die "Madres sind ein Teil der argentinischen Gesellschaft. Und diese Gesellschaft hat sich in dem letzten halben Jahrhundert am Rande oder innerhalb eines autoritären Systems entwickelt. Dieser Autoritarismus spiegelt sich auch in dem intellektuellen und politischen Leben des Landes und Frau Bonafini ist hier keine Ausnahme. Eine Frau mit einer sehr starken Persönlichkeit, die sich durch und durch für den Kampf engagiert hat, die aber die autoritären Verhaltensformen der argentinischen Gesellschaft nicht beiseite lassen konnte. Und diese Formen waren schon 1983, als der politische Gegner nicht so klar zu definieren war, bemerkbar. Das hat man oft in Argentinien innerhalb der Menschenrechtsbewegungen den "Madres" vorgeworfen und Hebe de Bonafini verkörpert diese Organisation.

6) Das "politische" Scheitern der "Madres"

Dieses Scheitern ist nicht exklusiv den "Madres" zuzuschreiben. Es ist eine politische Niederlage, die die ganze argentinische Menschenrechtsbewegung zu verantworten hat.

Anstatt, wie Herr Bayer es macht, der Gesellschaft, den Medien oder dem Herrn Alfonsin die Schuld zuzuschreiben, sollte man sich fragen, warum es zu dieser Niederlage kam. Beispiel:

Warum gibt es 9 verschiedene Menschenrechtsorganisationen?

Welche Fehler wurden besonders seit 1983 gemacht?

Mit freundlichen Grüßen

R.F.

REZENSIONEN

Ein zentralamerikanischer Anachronismus?

In der Fülle deutschsprachiger Veröffentlichungen zur mittelamerikanischen Krisenregion findet Costa Rica kaum Beachtung. Ein Land, dem mit der verfassungsmäßigen Abschaffung seiner Armee (1949), einer für lateinamerikanische Verhältnisse recht homogenen Sozialstruktur, einer relativ stabilen parlamentarischen Demokratie und einem dem Desarrollismo (1) verpflichteten Entwicklungsmodell, bisweilen der Titel 'Schweiz Mittelamerikas' verliehen wurde. Wie fragwürdig solche Markenbezeichnungen sind, davon zeugen Uruguay, Kambodscha und der Libanon, die, einst ebenso etikettiert, dieses Label schnell verloren, als sie von den sozialen und politischen Krisen ihrer Region erfasst wurden.

Schwerpunkt dieses Sammelbandes ist die Entwicklung seit Beginn der 80er Jahre, die neben dem Preisverfall für Exportprodukte und zunehmender Verschuldung auch in Costa Rica von der Sogwirkung sozialrevolutionärer Bewegungen in der Region und den US-amerikanischen Eindämmungsversuchen charakterisiert ist, in die das Land immer stärker miteinbezogen wird. Vor diesem Hintergrund werden, aufgeteilt in drei Themenblöcke – Wirtschaftskrise / Militarisierung und Repression / Soziale Konflikte, Krise der Linken und Perspektiven der emanzipatorischen Kräfte – die gesellschaftlichen Auswirkungen dargestellt und analysiert. Quintessenz eines jeden der 17 Beiträge ist das reale und prognostizierte Scheitern des Modells Costa Rica.

In die Regierungszeit Monge (82–86) und seiner sozialdemokratisch orientierten Partei PLN, die in den vergangenen drei Jahrzehnten für die Desarrollismo-Ideologie stand, fallen einige aussichtslose Kraftproben mit dem Riesen im Norden und den internationalen Kreditorganisationen. So erhob das costaricanische Parlament im Sommer '83 eine 1% Steuer auf Kapitalexporte, deren Ertrag der Ernährung und Erziehung von Kleinkindern zugute kommen sollte. Der IWF und die US-Entwicklungsbehörde AID antworteten in einer konzentrierten Aktion mit der Stornierung von Quotenzahlungen aus vereinbarten Kreditabkommen. Unter verbalen Protesten waren Parlament und Regierung gezwungen, diese Steuer zurückzunehmen. Gleichzeitig wurde eine von den Multis schon seit geraumer Zeit geforderte Senkung der Bananeexportsteuer vollzogen. Den fälligen

(1) Desarrollismo: Eine Strategie, die auf innere Entwicklung setzt und diese mit folgenden Maßnahmen erreichen will: Differenzierung des Produktionsapparates, staatliche Unterstützungsleistungen, Exportförderung, Ausdehnung des einheimischen Marktes, Integration neuer sozialer Schichten.

geforderte Senkung der Bananenexportsteuer vollzogen. Den fälligen Ratenzahlungen stand nun nichts mehr im Wege. Angesichts der bereits im Vorjahr angemeldeten Zahlungsunfähigkeit des Landes hatten die Politiker auch kaum eine andere Wahl. Es bleibt der bittere Nachgeschmack, daß der vielfach gelobte Beispielcharakter der costaricanischen Demokratie von jenen Regierungen und Finanzinstitutionen untergraben wird, die ihn nimmermüde als Alternative zu polarisierten Gesellschaften und repressiven Diktaturen bemühen.

Daß das zentrale innenpolitische und soziale Problem auch in Costa Rica die Frage des Landbesitzes ist, mag verwundern, denn der Mythos von ausgewogenen Besitzstrukturen ist weit verbreitet. Eine seit Jahren zunehmende Bewegung der Landbesetzung (precarismo) wird in jedem Einzelfall mit brutalen polizeilichen Räumungen, Gerichtsverfahren und politischem Druck beantwortet, dem die Betroffenen nur selten erfolgreich widerstehen können.

1982 lebten nahezu drei Viertel der Familien unterhalb der Armutsgrenze. Angesichts zunehmender Krisenerscheinungen mag die strukturelle Schwäche der costaricanischen Linken (Partei, Gewerkschaften, außerparlamentarische Opposition) überraschen. Die Gründe und Ursachen hierfür werden nicht dogmatisch geschlußfolgert, sondern aus der spezifischen Entwicklung des Landes kenntnisreich und differenziert hergeleitet. Daß die Autoren in ihren Analysen Fragen offen lassen ist dabei kein Manko, sondern regt zum Nachdenken an.

Unmißverständlich fallen hingegen Einschätzungen aus, die sich mit der Illusion von Costa Ricas Neutralität und der Mär vom Land ohne Heer befassen. Allein das aufgeführte Zahlenmaterial widerspricht dieser Legende. Letzte Versuche, dieser sukzessiven Preisgabe seiner Neutralität einen Riegel vorzuschieben, waren mit dem Kabinettsrevirement im Herbst '84 gescheitert, dem linksliberale und an nationalen Interessen orientierte Politiker wie der Sicherheitsminister Solano zum Opfer fielen. Nach seinem Sturz wurden offiziell keine Aktivitäten der im Norden des Landes operierenden antisandinistischen Contra mehr aufgedeckt.

Ein insgesamt lesenswertes Buch, das mit seiner facettenreichen Darstellung einen toten Winkel der mittelamerikanischen Region ins Blickfeld holt. Die sehr unterschiedlichen Stile der 12 Autoren tragen dazu bei, daß die Materie nicht zu trocken, etliche Themen auch von unterschiedlichen Standpunkten aus behandelt wurden. Vielleicht würden sich mehr Leser angesprochen fühlen, wäre der Untertitel – ein zentralamerikanischer Anachronismus? – als Aufmacher gewählt worden. Er trifft jedenfalls den Kern des Buches.

Manfred Ernst / Sönke Schmidt (Hrsg.): Demokratie in Costa Rica – ein zentralamerikanischer Anachronismus? Edition FDCL 8, Berlin 1986

Chilenische Gewerkschaften unter der Diktatur

Jaime Ensignia

PARO – Chilenische Gewerkschaften unter der Diktatur

FDCL, Berlin 1987

214 Seiten

Dieses wichtige Buch untersucht die Stellung, die Konzeptionen und die Aktivitäten der chilenischen Gewerkschaftsorganisationen seit dem Militärputsch 1973. Darüber hinaus wird auch die Zeit davor, die Periode des Gewerkschaftsverbandes CUT (1953 – 1973) ausführlich behandelt. Diese größere historische Reichweite läßt das Buch zusätzlich an Aussagekraft gewinnen, indem es Vergleiche und Einordnungen ermöglicht.

Der Rückblick auf die CUT erscheint dem Autor notwendig, weil anders die seit einiger Zeit laufende Debatte innerhalb der verschiedenen chilenischen Gewerkschaftsgruppierungen nicht zu verstehen ist. Ensignia sieht das Problem der alten CUT in ihrer intransigenten Opposition gegenüber Staat und bürgerlichen Parteien sowie in ihrer Unterordnung unter die sozialistisch-marxistischen Parteien, woraus ihre relative Isolierung innerhalb der Gesellschaft folgte (S. 28, 50, 61).

Die Machtergreifung der Militärs und die Errichtung eines neo-liberalen, autoritären Gesellschaftsmodells veränderte sämtliche Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeit. Der Autor stellt dar, wie der 11. September 1973 den bisherigen Orientierungen die Grundlagen entzog und, so betrachtet, als Katalysator eines Umdeklens innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wirkte. Ohne auf die Unterstützung von Parteien rechnen zu können, in ihren Rechten auf ein Minimum eingeschränkt, sahen sich die Aktiven auf die Basis im wörtlichen Sinne verwiesen: Der Wiederaufbau gewerkschaftlicher Zusammenhänge mußte von unten beginnen. Im Rahmen dieser Rekonstruktion gewann der Gedanke der Autonomie der Gewerkschaften ebenso wie ihre interne Demokratie größere Bedeutung als früher.

Ensignia behandelt, unter Berücksichtigung sämtlicher überhaupt zugänglicher Quellen, den gesamten Zeitraum des Wiederaufbaus der chilenischen Gewerkschaftsbewegung, die einen enormen Weg von anfänglicher Ohnmacht und reaktiven Petitionen bis hin zur initiiierenden Rolle bei den nationalen Protesttagen 1983 und danach zurückgelegt hat. Er kommt zu dem Schluß, daß die frühere, streng auf reine Arbeiterklassen-Politik beschränkte Konzeption zumindest in Teilen überwunden worden ist. Es ist mehr Offenheit zu beobachten, desgleichen die Suche nach Verbindungen zu anderen sozialen Kräften: der Kirche, den pobladores, den Bauern, den Arbeitslosen usw.

Unabhängig vom Ausgang dieser innerchilenischen Diskussion, die bisher nicht eindeutig zugunsten der "Erneuerer" entschieden ist, drückt der Autor seine Überzeugung aus, daß nicht nur die Propagierung und Praktizierung des Kampfes gegen die Diktatur die Gewerkschaften zu einem einigenden Faktor der Opposition machen wird. Dazu gehört auch, "ein sozio-ökonomisches System für die Zeit nach der Militärdiktatur auszuarbeiten" (S. 176). Angesichts der Pluralität der chilenischen Gesellschaft, die sich unter Pinochet nicht einfach in zwei Blöcke – Regimegegner contra "Volk" – teilt, endet die Untersuchung mit einem Plädoyer für eine "reformierende Politik". "Ein Bruch ... hätte die Polarisierung der chilenischen Gesellschaft zur Folge und würde damit einer autoritären Politik die Tore erneut öffnen." (S. 174)



EINGEGANGENE BÜCHER

Horst Heidtmann, Christoph Plate (Hg.): **Mañana**. Entwicklungshelfer berichten aus drei Kontinenten. Signal-Verlag, Baden-Baden, 1987, ISBN 3-7971-0266-6

Cordelia Dilg: **Nicaragua**. Bilder der Revolution. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln, 1987, ISBN 3-7609-1128-5

Angelika Wörthmüller: **Patienten zweiter Klasse**. Gesundheitspolitik und pharmazeutische Industrie in Kolumbien. Breitenbach Publishers, Reihe: sozialwissenschaftliche Studien zu internationalen Problemen, Saarbrücken, Fort Lauderdale, 1986

Ernesto Kroch: **Südamerikanisches Domino**. Geschichten von Liebe und Gewalt. Peter-Hammer-Verlag, Wuppertal, 1987, ISBN 3-87294-342-1

Christian Habekost: **Dub Poetry**. 20 Dichter aus England und Jamaica. Buchverlag Michael Schwinn, Neustadt, 2. erweiterte Auflage 1987, ISBN 3-925077-03-0

Linton Kwesi Johnson: **Dread beat and blood**. Deutsche Ausgabe, Buchverlag Michael Schwinn, Neustadt, 2. Auflage 1985, ISBN 3-925077-01-4

Andino/Lawrence/Driessler: **Garrison Honduras**. Ein bitter armes Land im Griff des Pentagon. Edition Nahua, Wuppertal, 1987, ISBN 3-923329-38-5

Heinrich Albertz, Erich Fried: **Wo liegt Nicaragua**. Gedichte und ein Gespräch. Edition Nahua, Wuppertal, 1987, ISBN 3-923329-26-1

Elmar Altvater: **Sachzwang Weltmarkt**. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung - der Fall Brasilien. VSA-Verlag, Hamburg, 1987, ISBN 3-87975-423-3

Robert Thomson: **Green Gold**. Bananas and Dependency in the Eastern Caribbean. Latin America Bureau, London, 1987. Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Zum Beispiel **Frauenalltag**. Reihe Süd-Nord Band 1, Lamuv-Verlag, Bornheim-Merten, 1987, ISBN 3-88977-127-0

Zum Beispiel **Umweltzerstörung**. Reihe Süd-Nord Band 2, Lamuv-Verlag, Bornheim-Merten, 1987, ISBN 3-88977-128-9

Zum Beispiel **Apartheid**. Reihe Süd-Nord Band 3, Lamuv-Verlag, Bornheim-Merten, 1987, ISBN 3-88977-129-7

Zum Beispiel **Chile**. Reihe Süd-Nord Band 4, Lamuv-Verlag, Bornheim-Merten, 1987, ISBN 3-88977-130-0

Zum Beispiel **Soja**. Reihe Süd-Nord Band 5, Lamuv-Verlag, Bornheim-Merten, 1987, ISBN 3-88977-131-9

Zum Beispiel **Entwicklungshelfer**. Reihe Süd-Nord Band 6, Lamuv-Verlag, Bornheim-Merten, 1987, ISBN 3-88977-132-7

ZEITSCHRIFTENSCHAU

ila-info Nr. 109, Okt. 87, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1
Schwerpunktthema: **Bewegende Perspektive - Beiträge zur Strategiedebatte Sozialer Bewegungen**

Das Heft ist dem kürzlich verstorbenen Walter Zielke gewidmet, Osvaldo Bayer würdigt dessen Wirken in einem Nachruf.

Fernando Mires' Artikel gibt einen analytisch-historischen Überblick über das Verhältnis von traditionellen Parteien und sozialen Bewegungen in Lateinamerika; ein Bericht aus Mexiko gibt Einblicke in die dortigen Formen der unterschiedlichen Protestbewegungen. Josef Senft untersucht den gegenwärtigen Zustand der neuen sozialen Bewegungen in der BRD, daran schließen sich vier Beiträge aus der AL-Berlin, aus der Frauen-, der Friedens- und der Anti-AKW-Bewegung zu dem Thema IWF-Kampagne an.

Ausgiebiges Bücherjournal, Länderberichte aus Ecuador, Cuba, Guatemala, El Salvador und Jamaica. Kritische Würdigung der Ausstellung "Gold und Macht".

blätter des iz3w Nr. 145, Nov. 87 Postfach 5328, 7800 Freiburg
Schwerpunkt: **Sport und Bewegungskultur in der Dritten Welt:**

Moderner Sport und traditionelle Bewegungskultur - Gefahren und Chancen einer Sportentwicklungshilfe / Das Allerlei der Sportförderung / Projekt in Kolumbien zur Sportlehrerausbildung / Traditionelle Bewegungskultur und deren Wandel - das Beispiel Indonesien / Der Wettkampf um den Sport - Die Sportartikelindustrie / Pal Pal: 88 - Das magische Jahr; die Olympischen Spiele in Seoul / Die Macht des Fußball

Außerdem: Indien: Madras - eine verdurstende Metropole / Umweltzerstörung: Balbina-Staudamm in Brasilien / Verschuldung: Debt Swap - ein neuer Weg in die Abhängigkeit / Hörfunk in Nicaragua / Uganda: 25 Jahre Unabhängigkeit / Referendum in Neukaledonien

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ Nr. 3/1987

Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

Vom Staatshaushalt zur Haushaltskasse. Frauenarbeit, Weltwirtschaft, Verschuldungskrise

Dieses Heft beschäftigt sich mit der spezifischen Betroffenheit von Frauen durch die weltweite Verschuldungskrise. Untersucht man die Auswirkungen der Krise im "Staatshaushalt" auf die "Haushaltskassen", so lassen sich zwei Tendenzen ausmachen: Zum einen sind es weltweit die Ärmsten - und hierzu zählen mehrheitlich Frauen -, die von der ökonomischen Krise am härtesten getroffen werden. Zum anderen sind aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung vor allem die Frauen dazu gezwungen, einen Großteil der sozialen Auswirkungen durch ihre (Mehr-)Arbeit aufzufangen und abzumildern. Diese Zusammenhänge werden anhand von Fallbeispielen zu Jamaica, Peru, Kolumbien, Chile und den USA untersucht. Außerdem werden zwei Möglichkeiten dargestellt, diesem Dilemma zu entinnen: Women's World Banking und die Grameen Bank der "Fahrrad-Bankiers" in Bangladesh.

PERIPHERIE Nr. 28

Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61

Agrarproduktion, Staat und Weltmarkt

H. Bernstein: Kapitalismus und kleinbürgerliche Produktion. Klassenverhältnisse und gesellschaftliche Arbeitsteilung / W. Biermann, J.-M. Fontaine: Bauern und Bürokraten. Die Krise des tanzanischen Transformationsmodells / R.E. Ofreneo: Agrarkrise, Deregulierungs-Programm und Agribusiness auf den Philippinen / D. Haude: Von Agrikultur zur Agroindustrie

epd-Entwicklungspolitik Nr. 19/20/87

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 1

Der Themenschwerpunkt 'Nahe Osten' untersucht die Chancen und Hindernisse einer Friedensinitiative für die am Palästinakonflikt Beteiligten.

Joe Stork (Washington): Für die Reagan-Regierung steht eine Verhandlungslösung mit den Palästinensern nicht auf der Tagesordnung / Lutz Meyer zur militärischen und politischen Rolle Syriens und des Verbündeten UdSSR / Said Nasser: Die Veränderungen innerhalb der PLO in Richtung auf eine Verhandlungslösung mit Israel / Paul Löffler: Die Positionen der christlichen Palästinenser.

Infos: Kaffeebörse / FIAN-Aktion für philippinische Zuckerrohrarbeiter / Weltbanktagung

INPREKORR Nr. 197

Zülpicher Str. 39, 5000 Köln 1

Schwerpunkt: 70 Jahre Oktoberrevolution

Über die Bürokratisierung der Sowjetunion und ihren Zusammenhang mit der mangelnden Industrialisierung und der Schwäche der Arbeiterklasse schreibt Jakob Moneta. Die Aktualität dieser Debatte tritt heute gleich mehrfach zutage: in Nicaragua erklärt Tomas Borge in einem Interview über den Abschluß des Friedensvertrags von Guatemala, die Bürokratie sei schwerer zu bekämpfen als der Imperialismus; in der Sowjetunion selbst ist Gorbatschow mit einem Programm angetreten, die Belastung, die der bürokratische Apparat für die Wirtschaft darstellt, zu beseitigen. Gestützt auf sowjetische Quellen wird untersucht, wie weit er eine soziale Basis für seine Reform hat. Ernest Mandel zeichnet die Debatte nach, die es heute in der Sowjetunion über die Industrialisierung der 30er Jahre, die Zwangskollektivierung und die Ausrottung der Opposition und der Revolutionsführer von 1917 gibt. Er stellt einen Aufruf zur Rehabilitierung der Opfer der Moskauer Prozesse vor.

TERMINE

Der Brasilianer **João Antônio** liest aus seinem neuesten Werk (mit deutscher Übersetzung). Einführung: Berthold Zilly. Anschließend Diskussion.

Samstag, 28. 11. 1987 19.30 Uhr

Andenbuch, Nollendorfstr. 21 a, 1000 Berlin 30

♦ ♦ ♦

Mesa redonda mit lateinamerikanischen Schriftstellerinnen und Journalistinnen:

Elena Araujo, Kolumbien; Milagros Palma, Nicaragua; Margó Glantz, Mexiko; Luisa Futuransky, Argentinien.

Donnerstag, 3. 12. 1987 20 Uhr

Andenbuch, Nollendorfstr. 21 a, 1000 Berlin 30

♦ ♦ ♦

**Tage des
lateinamerikanischen Films**

30. 11. - 11. 12. 1987 in Münster

Nähere Informationen bei:

Vamos e.V., Achtermannstr. 10-12, 4400 Münster, Tel.: 0251/45431

♦ ♦ ♦

Arbeitsbrigaden an die Atlantikküste Nicaraguas

Die Konflikte an der Costa Atlantica werden in der BRD kontrovers diskutiert: - Sandinisten bombardieren Miskito-Dörfer
- Zwangsumsiedlung in Konzentrationslager
- indianerfeindliche Politik der FSLN

Sind diese Vorwürfe nichts anderes als die propagandistische Ausnutzung der Indianerproblematik zur Legitimierung des Aggressionskrieges der USA gegen Nicaragua?

Auf der anderen Seite:

- Autonomiediskussion
- Rücksiedlungen an den Rio Coco
- Waffenstillstand mit verschiedenen Indianergruppierungen

Durch Miterleben des Alltags an der Costa können wir **eigene** Positionen entwickeln. Die ökonomische Situation an der Costa erfordert gleichzeitig unsere praktische Solidarität.

Auf Vorschlag von MIDINRA/Bluefields wollen wir das Palma-Africana-Projekt in Kukra Hill durch Baubrigaden unterstützen:

In Kukra Hill, 30 km nordöstlich von Bluefields, müssen Steinhäuser für die Kooperativen des Projektes gebaut werden. Wegen der klimatischen Bedingungen ist die Bauzeit Febr.-Mai. Gesucht werden 15 - 25 Menschen für 2 - 4 Monate, in 1. Linie HandwerkerInnen. Voraussetzungen sind ausreichende Spanischkenntnisse und die Bereitschaft, an 6 Vorbereitungstreffen teilzunehmen. Wünschenswert wäre Mittelamerika-Erfahrung. Das 1. Vorbereitungstreffen findet am 21. und 22. Nov. in Frankfurt oder Köln statt.

Meldet euch schnell:

Informationsbüro Nicaragua, Postfach 101320, 5600 Wuppertal
Tel.: 0202 / 493 63 05

NATIONALÖKONOMIE
KATALOG 2 1987

WIRTSCHAFTSTHEORIE IN
DER WEIMARER REPUBLIK
FREIWIRTSCHAFTSLEHRE
BANKWESEN
VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE
IN DER SCHWEIZ
GELD- UND FINANZTHEORIE
BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE
WIRTSCHAFTS- UND
FIRMENGESCHICHTE

ANTIQUARIAT
ELVIRA TASBACH

Versandantiquariat
ELVIRA TASBACH
Varzinerstr. 13-14
1000 Berlin 41
Tel. 030/8592680

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT
Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt

die letzten Nummern:

- Nr. 25/26 Entwicklungspolitik „gewendet“
Nr. 27 Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung
Kulturelle Beziehungen

das neue Heft:

- Nr. 28 Agrarproduktion, Staat und Weltmarkt

in Vorbereitung:

- Nr. 29 „Ungleichzeitigkeit“
Nr. 30/31 Organisation von Frauen

in jedem Heft:

Buchbesprechungen, Eingegangene Bücher, Zeitschriftenschau

Bezug:

LN-Vertrieb
Gneisenastraße 2
D-1000 Berlin 61

Vierteljahreszeitschrift (112.S.)

Einzelheft DM 9,- / Doppelheft DM 16,-
Abo Einzelperson DM 30,-
Abo Institutionen DM 60,-
Überseeabo (Luftpost) DM 47,- (77,-)

NAMIBIA

DIN A 2 Querformat, Siebdruck DM 24.80

Bestellungen an:
medico international · Obermainanlage 7
6000 Frankfurt am Main 1 · Tel. 0 69 / 4 99 00 41

ISBN 3-92 28 45-01-0

Kalender 1988